

Fachhochschule für Polizei

Baden-Württemberg

**Fremdenfeindliche Gewalt
in
Baden-Württemberg**

Ursachen und Auswirkungen

Ergebnisse einer Tagung am 18. Mai 1993 in der Fachhochschule für
Polizei, Villingen-Schwenningen

Summary

The increasing violence against foreigners in Germany is discussed and criticized by the Minister of Interior of the federal state of Baden-Württemberg, Frieder Birzele and the president of the Baden-Württemberg Police, Erwin Hetger, stressing the special role of the police in handling those activities and in preventing violent acts against foreigners. Articles by Werner Niefer, the former president of the board of directors of Mercedes Benz, by Jürgen Adam, prelate of the diocese Rottenburg/Stuttgart and by Jörg Bischoff, editor in chief of the newspaper "Schwarzwälder Bote" try to analyze the background of this violence. All articles try to offer possible solutions for the future, and ask for a better understanding and sympathy for foreigners.

Inhalt: (Achtung, Seitenzahlen nicht mehr aktuell!)

Professor Dr. Thomas Feltes M.A., Rektor der Fachhochschule für Polizei Villingen-Schwenningen	
Begrüßung	5
Frieder Birzele MdL, Innenminister des Landes Baden-Württemberg	
Fremdenfeindliche Gewalt in Baden-Württemberg	7
Erwin Hetger, Landespolizeipräsident Baden-Württemberg	
Fremdenfeindliche Gewalt in Baden-Württemberg - ein vorübergehendes Phänomen?	19
Professor Dr.Ing e.h., Dr. h.c. Werner Niefer , ehem. Vorsitzender des Vorstandes der Mercedes Benz AG	
Auswirkungen auf die Wirtschaft - Ökonomie und Toleranz	25
Domkapitular Prälat Jürgen Adam, Diözese Rottenburg/Stuttgart	
Fremdenfeindliche Gewalt: Ursachen - Auswege	35
Jörg Bischoff, Chefredakteur "Schwarzwälder Bote"	
Fremdenfeindlichkeit und Deutschlands Sonderrolle	41
Frieder Birzele, Innenminister des Landes Baden-Württemberg	
Schlußwort	51

Professor Dr. Thomas Feltes M.A., Rektor der Fachhochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Begrüßung

Auf Einladung des Herrn Innenministers haben sich heute viele verantwortliche Vertreter der baden-württembergischen Polizei hier an der Fachhochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen eingefunden, um einen Tag lang das Thema "Fremdenfeindliche Gewalt" zu diskutieren. Dazu wurden hochkarätige Referenten eingeladen: Der Vorstandsvorsitzende der Mercedes Benz AG., Professor Dr. Werner Niefer, der zu den Auswirkungen der Fremdenfeindlichkeit auf die Wirtschaft und zum Thema "Ökonomie und Toleranz" referieren wird. Herr Professor Niefer wird das Thema "Fremdenfeindlichkeit" aus einer gerade für das Land Baden-Württemberg sehr bedeutsamen Perspektive beleuchten. Herr Domkapitular Prälat Adam ist als Ausländerreferent in der Diözese Rottenburg/Stuttgart mit diesem Thema vertraut. Er wird uns aus seiner Sicht Vorschläge für die Überwindung der Fremdenfeindlichkeit präsentieren. Herr Bischoff, Chefredakteur des "Schwarzwälder Boten", ist mit dem Thema tagtäglich konfrontiert und soll daher die Folge dieser Fremdenfeindlichkeit für das Deutschlandbild aufzeigen.

Nicht zuletzt soll die Tagung heute dazu dienen, die Erfahrungen, die Sie, meine Damen und Herren, vor Ort in den Runden Tischen gemacht haben, zu diskutieren. Das Land Baden-Württemberg kann stolz sein, mit dieser Einrichtung der Runden Tische schnell, und Sie erlauben mir die Bemerkung, für eine Behörde erstaunlich unbürokratisch, auf das Problem reagiert zu haben, das nicht ausgestanden ist, auch wenn es im Moment insgesamt ruhiger geworden zu sein scheint. Baden-Württemberg hat hier in zweifacher Hinsicht eine Vorreiterfunktion übernommen. Zum einen wurde durch die Initiative des Herrn Innenministers aktiv und nicht nur reaktiv auf eine Problemsituation reagiert, die Deutschland nach den Geschehnissen in Hoyerswerda, Rostock und Mölln in den Mittelpunkt des politischen Weltinteresses rückte. Zum zweiten wurde mit der Methode der Runden Tische ein Weg eingeschlagen, der von der Polizei im Ausland erfolgreich auch in anderen Problembereichen und als generelle neue Polizeimethode praktiziert wurde. Die direkte und konstruktive Zusammenarbeit der Polizei mit möglichst vielen für das Gemeinwesen verantwortlichen Institutionen und Personen gilt inzwischen als ein wichtiger Weg, bürgernahe Polizeiarbeit zu betreiben und sich so den veränderten Anforderungen an eine demokratische Polizei zu stellen.

Wie Sie wissen, werden seit längerem Anstrengungen unternommen, die Grundgedanken dieser neuen Polizeiideologie auch nach Deutschland zu bringen im Interesse sowohl der Bürger wie der Polizeibeamten, denen eine verstärkte Orientierung an den Bedürfnissen der Bürger nachgewiesenermaßen wieder mehr Zufriedenheit mit ihrer Arbeit vermittelt. In diesem Sinne sehe ich die Einrichtung der Runden Tische zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit als ein erstes Beispiel dafür, wie sich die Polizei eine neue, engagierte Rolle in der Gesellschaft schafft. Gemeinsam mit anderen sollen gesellschaftliche Probleme gelöst werden und nicht durch die Polizei allein und für andere, wie dies in der Vergangenheit oftmals geschah.

Ich wünsche Ihnen, Herr Minister Birzele, weiterhin den Mut und das Durchsetzungsvermögen, diesen richtigen Schritt weiterzugehen und darf Sie nun bitten, zu uns über die Herausforderungen für die Politik zu referieren, die sowohl das Problem der fremdenfeindlichen Gewalt selbst, als auch möglicherweise die vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten darstellen.

Frieder Birzele MdL, Innenminister des Landes Baden-Württemberg

Fremdenfeindliche Gewalt in Baden-Württemberg

Zu Beginn möchte ich auch meinerseits ein herzliches Wort des Dankes sagen an die Referenten, die nicht aus unserem Bereich, also aus dem Innenressort, kommen, insbesondere an Herrn Professor Niefer, der es trotz gesundheitlicher Probleme möglich gemacht hat, heute hier in Villingen-Schwenningen dabei zu sein. Ich bedanke mich ganz besonders dafür, Herr Niefer, daß Sie auch bereits zu Beginn dabei sind und dann auch hinterher noch am Vormittag an der Diskussion teilnehmen werden. Heute nachmittag werden noch zwei weitere Referenten zu uns kommen, Herr Domkapitular Adam und Herr Chefredakteur Bischoff. Ich hoffe, daß wir gerade mit diesen auswärtigen Referenten eine interessante Diskussion und einen fruchtbaren Meinungsaustausch haben werden.

Die fremdenfeindlichen Ausschreitungen vor Asylbewerberunterkünften, die Brandanschläge, Übergriffe auf Fremde und die Schändungen jüdischer Friedhöfe sind eine Bewährungsprobe für Staat und Gesellschaft und insbesondere auch für unsere staatlichen Sicherheitsorgane. Lassen Sie mich kurz ins Gedächtnis rufen: Wir hatten im Jahre 1992 mit 757 fremdenfeindlichen Straftaten in Baden-Württemberg eine enorme Steigerung gegenüber dem Jahr 1991 - eine Steigerung um über 70 Prozent. Diese Straftaten sind Ausdruck von Intoleranz und Mißachtung grundlegender menschlicher Werte. Ich möchte nur an den grausamen Mordanschlag von Ostfildern/Kemnat erinnern, der gerade durch ein Urteil des Landgerichts Stuttgart abgeurteilt wurde. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß ein ähnlich schreckliches Ereignis wie in Mölln, wo bei dem Brandanschlag drei Türkinnen umgekommen sind, in Baden-Württemberg nur dank glücklicher Umstände so nicht eingetreten ist. Das ist jedoch keine besondere Leistung unserer Vorsorge, denn die 82 Brandanschläge, die in Baden-Württemberg gegen Ausländerwohnungen und Asylbewerberunterkünfte verübt wurden, hätten in einigen Fällen durchaus zu einem ähnlich folgenschweren Ende führen können wie dort.

Diese Straftaten haben bei unseren ausländischen und jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern erhebliche Bedrohungsgefühle hervorgerufen. Auch bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung herrscht erhebliche Unsicherheit. Die Berichterstattung in ausländischen Medien, z.B. über Rostock und Hoyerswerda, hat zudem im Ausland zu neuen Vorbehalten und Vorurteilen gegen unser Land geführt. Das Bild vom häßlichen Deutschen hat wieder Konturen gewonnen. Ich will hier nur kurz erwähnen: Japanische Firmen empfehlen ihren Mitarbeitern, bei Aufenthalten in Deutschland stets Anzug und Krawatte zu tragen, um nicht mit Asylbewerbern verwechselt und möglicherweise Opfer eines Überfalles zu werden. Ich nehme an, daß gerade auf diese negativen Auswirkungen nachher Herr Professor Dr. Niefer noch näher eingehen wird, will aber auch meinerseits meine persönliche Erfahrung mitteilen, die ich im Februar bei einem kurzen Aufenthalt in Asien und Südostasien gewonnen habe. Es gab kein Gespräch mit Repräsentanten der dortigen Wirtschaft oder mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft in diesen Ländern, bei denen nicht die verheerenden ökonomischen Auswirkungen fremdenfeindlicher Straftaten angesprochen worden sind. Deshalb muß auch dieser Aspekt mitbetrachtet werden, und ich warne ausdrücklich davor, sich dem in der Bevölkerung weit verbreiteten Eindruck anzuschließen, daß nur die negative und besonders deutschfeindliche Berichterstattung in den ausländischen Medien zu derartigen Reaktionen geführt habe. Die ausländischen Medien haben sicher zum Teil erheblich übertrieben, was die Gefahrensituation in der Bundesrepublik Deutschland betrifft, aber auf der anderen Seite ist es sehr verständlich, daß im Ausland über solche Erscheinungen sehr ausführlich berichtet wurde; zum einen in Anbetracht unserer Geschichte, zum anderen, weil solche Ereignisse selbstverständlich in den jeweiligen Medien der Heimatländer besondere Aufmerksamkeit hervorrufen. Und ich will Ihnen einen Vergleich aufzeigen:

Die Berichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland über Anschläge islamischer Fundamentalisten auf Touristen in Ägypten oder die Anschläge auf Touristen in Florida haben ebenfalls in unseren Medien eine weit über die sonstige Verhältnismäßigkeit hinausgehende Beachtung gefunden. Und deshalb sollten wir nicht etwa selbstbemitleidend sagen, wir seien hier Opfer einer besonders feindlichen Medienkampagne. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Auch was die Reaktionen betrifft, verhalten wir uns ganz ähnlich. Ich will nur darauf hinweisen, daß gerade die ersten Anschläge in Ägypten dazu geführt haben, daß rund 20 Prozent der bereits gebuchten Reisen in dieses Land storniert wurden, und daß - wie kürzlich in einer Zeitung zu lesen war - in den eigentlichen Touristenzielen Ägyptens ein Rückgang der Buchungen um über 50 Prozent festzustellen ist.

Diese Bedrohungsgefühle, die sowohl im In- als auch im Ausland bestehen, müssen von uns sehr ernst genommen werden; und wir dürfen nicht dem Fehler erliegen - sozusagen als "Profis", die mit vielen Kriminalstraftaten zu tun haben - diese fremdenfeindlichen Straftaten in ihrer Bedeutung zu gering zu schätzen, nur weil sie zahlenmäßig im Verhältnis zu anderen Straftaten weniger stark ins Gewicht fallen. Ihr Schaden für die innere Sicherheit, ihr Schaden in ökonomischer Hinsicht kann überhaupt nicht überschätzt werden.

Die Gefahr, die durch solche fremdenfeindlichen Gewalttaten und durch den militanten Rechtsextremismus insgesamt entsteht, sind nach meiner Auffassung in vielerlei Hinsicht erheblich höher einzuschätzen, als die Bedrohung durch die RAF. Der RAF-Terrorismus ging und geht von einer relativ kleinen Gruppe hochgefährlicher Gewalttäter aus. Der militante Rechtsextremismus und die fremdenfeindliche Gewalt hingegen werden von einem großen Täterpotential getragen: in Baden-Württemberg schätzungsweise von 400 Personen. Die Anschlagziele der RAF sind relativ eng gefaßt. Zum einen handelt es sich um eine begrenzte Zahl von Personen, die auch relativ eindeutig bestimmbar ist. Zum anderen handelt es sich um eine begrenzte Zahl gefährdeter Objekte. Bei den Anschlägen von Rechts ist festzustellen, daß sie sich demgegenüber gegen große Bevölkerungsteile richten: vor allem gegen Ausländer, also gegen weit mehr als eine Million Menschen in Baden-Württemberg; Aber auch Deutsche sind gefährdet, z.B. Menschen, die fremdländisch aussehen, die Lebenspartner von Ausländern, Aussiedler, jüdische Mitbürger, aber auch Obdachlose, Behinderte oder sonstige Minderheiten, nicht zu vergessen auch einschreitende Polizeibeamte. Wir müssen also feststellen, daß die Zahl der gefährdeten Personen weit höher ist als bei Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund und darüber hinaus auch kaum einzugrenzen ist. Auch was die Zahl der gefährdeten Objekte angeht, ist die Lage deutlich anders als beim Linksterrorismus: Wir haben hier in Baden-Württemberg ungefähr 5000 Asyl- und Ausländerunterkünfte, also eine so hohe Zahl von Objekten, die von der Polizei allein kaum wirksam geschützt werden können. Denn wir haben, Sie wissen das, nachts durchschnittlich gerade rund 1000 Polizeibeamte im Einsatz.

Dazu kommt, daß der RAF-Terror im Gegensatz zum rechtsextremistischen Terror planungstreu und daher für die Sicherheitsbehörden in bestimmtem Umfang kalkulierbar ist, während der Terror von Rechts tückischer, unberechenbarer, ein sogenannter "Spontanterror" ist. Die Taten des Terrors von Rechts sind weitgehend ungeplant. Es gibt eine hohe Eskalationsneigung, insbesondere durch Alkoholkonsum der Täter und ungesteuerte gruppenspezifische Prozesse. Der RAF-Terrorismus hat auch, wenn Sie mich einmal so formulieren lassen, ein Gesicht. Das heißt, der Täterkreis ist im wesentlichen namentlich bekannt. Der Terror von Rechts hingegen ist vielköpfig, aber weitgehend gesichtslos. Dies erschwert die Prävention, die Fahndung und die Ursachenforschung. Der RAF-Terror ist Terror aus dem ideologischen Elfenbeinturm. Das heißt, die Ziele, die mit diesem Terror verfolgt werden, finden keine nennenswerte Resonanz in der breiten Bevölkerung. Der Terror von Rechts

hingegen versteht es, Motivations- und Stimmungslagen in der Bevölkerung für sich in Anspruch zu nehmen als Rechtfertigung für seine Aktionen - in dem Sinne, daß die Täter vorgeben, das zu tun, was sich die schweigende Mehrheit nicht traut. Infolgedessen besteht hier auch eine hohe Ansteckungswirkung und eine hohe Flächenbrandgefahr. Das hat sich ja insbesondere daran gezeigt, daß die Exzesse in Hoyerswerda und in Rostock enorme Auswirkungen hatten in der gesamten Bundesrepublik.

Was können wir nun gegen die Erscheinungen der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalt tun? Erforderlich ist zunächst, daß wir uns Klarheit über die Täter und ihre Motive verschaffen müssen. Wir müssen zweitens versuchen, daraus Rückschlüsse auf tiefere Ursachen zu ziehen, und drittens, aus diesem Wissen heraus, konkrete Bekämpfungskonzepte entwickeln.

1. Klarheit über Täter und Motive

Das Landeskriminalamt hat bereits 1991 damit begonnen, die Täter fremdenfeindlicher Straftaten zu untersuchen. Auffallend ist dabei, entgegen dem öffentlichen Eindruck, die Normalität junger Brandstifter, Steinwerfer und Hakenkreuzschmierer. Weniger als 30 Prozent waren Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen oder Gruppen. Bei 40 Prozent konnte ein rechtsextremistischer Einfluß durch Schriften oder anderes entsprechendes Gedankengut nachgewiesen werden. Daraus folgt, daß die Täter nicht in der Mehrzahl organisierte, stramme Rechtsextremisten waren. Interessant ist auch die Aufschlüsselung nach der Stellung im Arbeitsleben. Nur 12 Prozent der Täter waren arbeitslos. Die große Mehrzahl der Täter stand jedoch in Ausbildung oder war berufstätig. Daraus läßt sich schließen, daß sich die Täter nicht aus einem Heer enttäuschter Arbeitsloser rekrutieren, so wie es insbesondere nach Rostock und Hoyerswerda nicht nur für die Situation in den neuen Bundesländern, sondern auch für die Situation in Baden-Württemberg vermutet wurde. Diese "Normalität der Täter" spricht dafür, daß die Hemmschwelle erheblich gesunken ist. Andererseits verbindet sich damit die begründete Aussicht, daß solche Täter eher für staatliche und gesellschaftliche Interventionen zugänglich sind.

2. Was sind die Ursachen?

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen eine Fülle von Erklärungsansätzen, die zum Teil in Wechselwirkungen miteinander stehen. **Die** Ursache gibt es nicht. Ich will einige Ansatzpunkte erwähnen, die häufiger genannt worden sind und die auch an den Runden Tischen, die Sie durchgeführt haben, angesprochen wurden. Was in der Öffentlichkeit am meisten als Ursache angesehen wird, sind die extrem hohen Zuwanderungszahlen, die damit verbundenen Probleme bei der Unterbringung der Zuwanderer, insbesondere von Asylbewerbern, und, was dazu kommt, die Verschärfung der ohnehin angespannten Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Ich will aber gleich an dieser Stelle betonen, daß dieser Ursache, die sicher mit zur Auslösung beigetragen hat, aus meiner Sicht kein zu hoher Wert beigemessen werden sollte. In Hoyerswerda erfolgten beispielsweise die ersten Anschläge vor allem gegenüber Vertragsarbeitnehmern der DDR, nicht gegenüber Asylbewerbern. Und zum damaligen Zeitpunkt betrug der Ausländeranteil in Hoyerswerda gerade ein Prozent, wobei dies die Zahl der Asylbewerber einschließt. Die Stadt Stuttgart hat demgegenüber einen Ausländeranteil von rund 24 Prozent. Daraus ersehen Sie, wie vorsichtig mit solchen Ursachenerklärungen umgegangen werden muß, die anscheinend doch so deutlich auf der Hand liegen sollen.

Was ebenfalls häufig angeführt wird, ist die hohe Kriminalitätsbelastung der Asylbewerber. Diese liegt, wie Sie wissen, fünfmal höher als die Kriminalitätsbelastung anderer Ausländer. Es handelt sich hierbei um einen echten Störfaktor für eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz des Asylgrundrechts. Jede Straftat eines Asylbewerbers ist, wenn Sie so wollen, letztlich asylfeindlich. Nur muß auch hier einschränkend dazu gesagt werden, daß ein Drittel der Straftaten der Asylbewerber nur von Asylbewerbern und Ausländern begangen werden kann, daß es sich weit überwiegend im übrigen Bereich um Diebstahlskriminalität handelt und die Schadenshöhe durchschnittlich deutlich niedriger ist als bei Diebstahlsdelikten der übrigen Bevölkerung. Auch bedingt die soziologische und altersmäßige Zusammensetzung der Asylbewerber, die zu einem außerordentlich hohen Anteil aus jungen Männern besteht, eine höhere Kriminalitätsbelastung als bei der übrigen Bevölkerung, die ja zum größten Teil aus den sehr viel weniger kriminalitätsbelasteten Gruppen der Frauen, Kinder und alten Menschen besteht. Zudem ist ein großer Teil der jungen Männer, die als Asylbewerber zu uns kommen, auch in ihren Heimatländern nur unzureichend sozial integriert mit der Folge, daß sie natürlich bei uns noch sehr viel größere Schwierigkeiten der sozialen Integration haben. Damit soll die Kriminalität von Asylbewerbern weder beschönigt noch entschuldigt werden, doch ist es zur korrekten Beurteilung der Sachlage wichtig, diese Fakten zu kennen. Diese Merkmale, die ich gerade angesprochen habe, wurden systematisch durch rechtsradikale bzw. rechtsextremistische Kreise ausgenützt. Es erfolgte eine vehemente Propaganda, auch im politischen Bereich, die mit dazu beigetragen hat, daß die Angst vor "Überfremdung" und der Kriminalität von Ausländern außerordentlich geschürt wurde. Hinzu kommt die Anfälligkeit einer kleinen Gruppe von Jugendlichen durch die abnehmende oder gar überhaupt nicht vorhandene Erziehungsfähigkeit ihrer Elternhäuser, durch die oft einseitige Konsumorientierung der Eltern, eine inkonsequente Erziehung oder durch eine oft bestürzende Vernachlässigung der Kinder. Ferner ist zu erwähnen, daß auch ein allgemeiner Werte- und Orientierungsverlust in unserer Gesellschaft - insbesondere was den Grundwert der Solidarität betrifft - Jugendliche in die Arme von rechtsextremistischen Gruppen treibt, weil dort Geborgenheit und Kameradschaft geboten und gemeinsame Stärke hochgehalten wird. Auch werden dort einfache Erklärungsmuster angeboten. Und in dieser Konstellation sind dann die Fremden Sündenböcke, haben die Funktion der Ableitung für Frustrationen aller Art. Speziell in den neuen Bundesländern mit einem besonders hohen Anteil rechtsextremistischer Straftaten kommt auch noch der Zusammenbruch der früheren Wertordnung hinzu, damit verbunden natürlich auch der Wegfall der staatlichen Versorgung, insbesondere im Bereich der Freizeitbetreuung, aber auch fehlende Erfahrungen im Umgang mit anderen Nationen, überhaupt das große Problem der Bewältigung der Freiheit, die zur Verfügung steht in einer pluralistischen Gesellschaft.

3. Konzepte zur Bekämpfung fremdenfeindlicher Gewalt

Diese eben von mir skizzierte Vielfalt und Komplexität der Entstehungszusammenhänge zeigt auf, daß die ganze Gesellschaft - nicht nur Polizei und Justiz - zur Bewältigung des Problems beitragen muß. Wesentlich ist dabei, ein gewaltfreies und gewaltächtendes Alltagshandeln in einem Klima der Toleranz zu ermöglichen. Die Vielfalt der Entstehungszusammenhänge, von denen ich nur einige ansatzweise geschildert habe, erfordert demzufolge auch einen ganzheitlichen Ansatz bei der politischen Strategie. Wir haben deshalb im Dezember 1992 in der Landesregierung ein Aktionsprogramm gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt beschlossen, das ressortübergreifende präventive Maßnahmen im Jugendbereich vorsieht - Maßnahmen, die in viele gesellschaftliche Felder hineinwirken.

Im Polizeibereich will ich herausgreifen die Einrichtung der "Runden Tische" gegen Ausländerfeindlichkeit, denen eine besondere Bedeutung zukommt, weil hierdurch unbürokratische Gruppen- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit ermöglicht wurde. Es gab und gibt gute Gründe dafür, daß die Initiative von der Polizei ausging und ausgeht, auch wenn dies teilweise bei

kommunalen Amtsträgern zu Schwierigkeiten mit dem eigenen Rollenverständnis geführt hat. Aber die Polizei ist doch am stärksten mit den Problemen konfrontiert und hat die meisten Erkenntnisse zu Taten und Tätern. Darüber hinaus sind Polizei und Justiz gefordert, konsequent und nachhaltig auf einschlägige Straftaten zu reagieren. Die Polizei hat ihre Möglichkeiten weitgehend ausgeschöpft, indem erfreulicherweise gerade die spektakulären und folgenschwersten Straftaten in diesem Bereich meist außerordentlich rasch aufgeklärt werden konnten. In der Justiz waren anfänglich leider erhebliche Unsicherheiten festzustellen, zum einen, was die Frage der Untersuchungshaft betraf, aber auch, was Strafmaß und Strafaussetzung zur Bewährung betraf. Die Dauer der Verfahren hat sich erfreulicherweise in der Zwischenzeit verkürzt. Die Justiz reagiert jetzt sensibler auf diese Erscheinungen, und auch die Strafen fallen eindeutiger aus. Ich halte dies für einen ganz wichtigen Faktor, weil durch zu milde Strafen völlig falsche Signale in die entsprechende Szene gegeben werden. Und man sollte sich davor hüten, gerade unter dem Gesichtspunkt einer ausschließlich auf eine Person bezogenen Spezialprävention, solche Wirkungen zu unterschätzen.

Eine Konsequenz ist auch, gerade weil dies in der Öffentlichkeit als eine mögliche Ursache angesehen wird und zu einem gewissen Verständnis für die Straftaten geführt hat, daß straffällige Asylbewerber möglichst schnell in ihr Heimatland zurückgeschickt werden müssen. Dies ist wichtig, um fremdenfeindlicher Gewalt jede Scheinlegitimation zu nehmen. Die Möglichkeiten sind aber begrenzt, das will ich in aller Deutlichkeit festhalten, und sie werden auch durch die jetzige Asylgesetzgebung nicht wesentlich verbessert. Sie wissen, daß ich mich dafür eingesetzt habe, daß bei Straffälligkeit ein Verwirkungstatbestand für Asylbewerber eingeführt wird, weil ich der Meinung bin, daß, wer besondere Gastrechte in Anspruch nimmt, auch besondere Gastpflichten zu befolgen hat. Dazu kommt, daß gerade diejenigen Asylbewerber, die wirkliche Asylgründe haben, normalerweise hier nicht straffällig werden, sondern die Straffälligkeit häufig von einer Gruppe von Asylbewerbern ausgeht, die zur Begehung von Straftaten in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind und die das Asylrecht in Anspruch nehmen, um für einen gewissen Zeitraum in der Bundesrepublik Straftaten begehen zu können. Das trifft insbesondere auf Drogendelikte zu. Leider sind die gesetzlichen Möglichkeiten hier nicht wesentlich verbessert worden. Deshalb gilt es, die Möglichkeiten im Vollzug auszuschöpfen. So sollte beispielsweise die Justiz einmal darüber nachdenken, ob es ein vernünftiges Verfahren sein kann, einen straffälligen und verurteilten Asylbewerber nach der Verkündung des Urteils aus der Haft zu entlassen unter Anrechnung der Untersuchungshaft und Strafaussetzung des Restes zur Bewährung. Durch solche Entscheidungen wird die Akzeptanz für das Asylrecht erheblich beschädigt.

Diese Ansätze, die ich kurz zitiert habe, sollen deutlich machen, daß wir fremdenfeindlicher Gewalt nicht hilflos gegenüber stehen. Allerdings will ich auch offen meine Meinung sagen: Wir werden fremdenfeindliche Gewalt aus unserer Gesellschaft nie vollständig entfernen können, genausowenig wie es anderen Gesellschaften gelingt, fremdenfeindliche Gewalt in jedem Falle zu vermeiden. Denn die möglichen Ursachen für fremdenfeindliche Gewalt bestehen weiterhin fort. Wir wissen jedoch aus Erfahrung, daß jede neue aufsehenerregende fremdenfeindliche Straftat die Initialzündung für neue Anschläge sein kann, und deshalb ist gerade hier besondere Vorsicht angezeigt.

Ich hoffe, daß der Bonner Asylkompromiß möglichst bald verwirklicht wird, warne aber gleichzeitig davor, die Ergebnisse der neuen Asylgesetzgebung zu überschätzen. Sie werden in der Öffentlichkeit bei weitem überbewertet und zwar von beiden Seiten - sowohl von meiner Partei, wenn da die Befürchtung geäußert wird, die Bundesrepublik könnte "flüchtlingsfrei" werden, weil kein Asylbewerber mehr in die Bundesrepublik kommen könne; genauso aber auch von der anderen Seite, vor allem von der CDU/ CSU, die die gleiche Illusion nährt, wie wenn die Verwirklichung dieser Gesetze dazu führen würde, daß wir in Zukunft nur noch einen Bruchteil der Flüchtlinge unterzubringen hätten im Vergleich zu heute. Beides ist falsch. Aus unterschiedlichen Motivationen entstehen solche Hoffnungen und Befürchtungen, doch beides wird sich so als nicht richtig erweisen. Man muß einfach sehen, daß die Umsetzung solcher Gesetze ja erhebliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Ich will nur einmal die sogenannte "sichere Drittstaaten"-Regelung ansprechen. Wir benötigen dazu in jedem Falle eine zweifelsfreie Feststellung der Identität des Asylbewerbers sowie den Nachweis des Fluchtweges. Sonst nimmt uns beispielsweise Frankreich einen Algerier nicht ab. Wir haben jetzt aus Algerien in Baden-Württemberg ca. 10 % Asylbewerber. Und es ist doch völlig klar, daß die Franzosen nicht jeden begeistert an der Grenze in Empfang nehmen, nur weil wir sagen, der wäre über Frankreich gekommen. Da werden entsprechende Nachweise gefordert.

Oder nehmen Sie auch z.B. solche Rücknahmeabkommen, wie das, das der Bundesinnenminister mit Rumänien geschlossen hat. Ich hatte vor zwei Monaten Gelegenheit, mit dem rumänischen Botschafter zu sprechen, der bei einer Veranstaltung in Göppingen war. Ich habe ihn gefragt, wie es denn mit ehemaligen rumänischen Staatsbürgern sei, die jetzt staatenlos sind. Denn wir mußten inzwischen feststellen, daß es gerade bei dieser Gruppe von Asylbewerbern einen neuen Trick gibt: Viele Rumänen beantragen sofort die Entlassung aus der rumänischen Staatsbürgerschaft. Wenn das zügig läuft, ist beim Abschluß des Asylverfahrens dieser ehemals rumänische Staatsbürger staatenlos. Der rumänische Botschafter hat mir erklärt: "Selbstverständlich nehmen wir diese Leute nicht zurück, denn dieses Abkommen bezieht sich nur auf rumänische Staatsbürger."

Also sehen Sie, wie Gesetze oder Abkommen, die zunächst einmal so aussehen, als ob mit ihnen alle Probleme gelöst werden können, in vielen Bereichen unterlaufen werden können. Deshalb warne ich davor, daß der von mir voll unterstützte Asylkompromiß in seinen Auswirkungen überschätzt wird.

Aber dessen ungeachtet warne ich auch davor, die gesamte Asylproblematik als alleinige Ursache für fremdenfeindliche Straftaten anzusehen. Die Asylbewerber sind die Sündenböcke, an denen sich Frustrationen etc. ableiten lassen. Auch wenn die gesamte Flüchtlingsfrage so gelöst würde, daß wir damit überhaupt keine Probleme mehr in der Bundesrepublik hätten, wäre damit nicht automatisch fremdenfeindliche Gewalt verschwunden, sondern sie würde sich an anderen Opfern und in anderer Form festmachen.

Und lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal auch auf die aus meiner Sicht bestehende besondere Bedeutung der Runden Tische hinweisen. Die Polizei muß stärker dialogfähig werden, nicht nur innerhalb, sondern auch mit den Gruppen in der Bevölkerung. Und ich habe bei verschiedenen Veranstaltungen erlebt, welche hohe Reserviertheit (sage ich einmal ganz zurückhaltend), wenn nicht gar Abneigung gegenüber der Polizei besteht. Insbesondere bei Gruppen, die sich um Ausländer, um Asylbewerber kümmern. Dies beruht auf mehreren Ursachen. Ich will nur wenige ansprechen. Das eine ist der sehr massive Einsatz der Polizei beim Weltwirtschaftsgipfel in München, das andere ist der weithin fehlende Polizeieinsatz in Rostock. Beide Dinge werden auch unmittelbar der baden-württembergischen Polizei zugeschrieben, obwohl selbstverständlich die baden-württembergische Polizei für beide Vorgänge überhaupt keine Verantwortung hat. Aber beide Ereignisse beeinflussen auch das

Bild der Polizei in Baden-Württemberg.

Und ein zweites: Diese Gruppierungen - und ich rede hier nur von den seriösen Gruppierungen, also von Gruppen wie dem ökumenischen Ausländerbeirat oder dem Arbeitskreis Pro Asyl etc. - haben die Polizei bisher im wesentlichen bei zwei Ereignissen erlebt, nämlich bei der Festnahme von straffällig gewordenen Asylbewerbern und bei Abschiebungssituationen. Und insbesondere solche Abschiebungssituationen sind ja für die Polizei außerordentlich unerfreulich. Da wird ja auch argumentiert: "Wie könnt ihr die morgens aus dem Bett holen!" Wenn man dann einen anderen Zeitpunkt wählt, heißt es: "Wie könnt ihr den vom Arbeitsplatz wegholen, das Kind aus der Schule, aus dem Kindergarten!", so daß sich immer die Frage stellt: Wann denn bitteschön soll man die Asylbewerber abholen? Man kann sie ja nur abholen, wenn man sie antrifft. Und man muß ja einen Zeitpunkt haben, bei dem man sie antrifft. All dies sind aber auch für die Polizei sehr belastende Vorgänge, und diese Vorgänge führen dann dazu, daß alles, was wir vielleicht an Defiziten haben, auch im humanen Umgang mit Asylbewerbern, festgemacht wird an der Polizei, daß also die Polizei verantwortlich dafür gemacht wird, obwohl sie für den gesamten Ablauf bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt nichts kann. Und deshalb ist es notwendig, daß die Polizei offensiv das Gespräch sucht mit der Bevölkerung, damit solche Vorurteile abgebaut werden, die gegenüber der Polizei bestehen. Aber ich will auch ausdrücklich dazusetzen: damit auch Vorurteile abgebaut werden, die teilweise in der Polizei gegenüber solchen Gruppierungen bestehen. Und ich glaube, man kann sagen, daß gerade die Runden Tische auf diesem Gebiet zu einem besseren Verständnis geführt haben auf beiden Seiten, und ich will als ein Beispiel dafür anführen, was der Pfarrer Baumgarten vom Arbeitskreis Asyl bei einer Diskussion im Stuttgarter Theaterhaus erklärt hat: Es sei ein ganz neues Bild von der Polizei - die Polizei als Freund des Asylbewerbers.

Ich hoffe, daß Ihre Erfahrungen mit den Runden Tischen zu einer ähnlich positiven Einschätzung geführt haben. Wir werden ja heute noch über Ihre Erfahrungen diskutieren können, und ich hoffe, daß auch diese Veranstaltung heute mit dazu beitragen wird, das Problem fremdenfeindlicher Straftaten insgesamt besser einschätzen zu können, bessere Konzepte der Reaktion zu entwickeln, so daß alle Seiten von einer solchen Tagung profitieren.

Erwin Hetger, Landespolizeipräsident Baden-Württemberg

Fremdenfeindliche Gewalt in Baden-Württemberg - ein vorübergehendes Phänomen?

Vielleicht hat sich der eine oder andere von Ihnen gefragt, warum gerade in der jetzigen Zeit - wo fremdenfeindliche Straftaten zahlenmäßig zurückgehen - diese Veranstaltung durchgeführt wird. Meine Antwort dazu: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden, davon bin ich überzeugt, keine vorübergehenden Erscheinungen sein. Wir müssen uns auf eine Fortdauer dieser Entwicklung - in welcher Form auch immer - einrichten und auch vorbereiten. Was die aktuelle rückläufige Tendenz der Anschläge anbelangt, gibt es Grund zu vorsichtigem Optimismus. Wir wissen allerdings aus Erfahrung, daß jedes neue aufsehenerregende fremdenfeindliche Ereignis die Initialzündung für neue Anschlagswellen sein kann.

Die Ursachen, die nach meinem Dafürhalten zur Lageberuhigung beigetragen haben, zeigen uns auch den Weg, den wir weiter gehen müssen. Wichtig wird weiterhin sein:

- die gesellschaftliche Isolation der Gewalttäter wenn notwendig durch demonstrativen Protest der Bevölkerung,
- die aktive Mitwirkung der Bevölkerung bei der Straftatenaufklärung,
- die Umsetzung des auf Bonner Ebene gefundenen "Asylkompromiß", der zu einer Entschärfung und Versachlichung der öffentlichen Diskussion geführt hat und weiterhin führen wird, sowie
- polizeiliche Präventivmaßnahmen und Aufklärungserfolge.

Die Polizei darf für sich in Anspruch nehmen, nahezu alle folgenschweren und spektakulären fremdenfeindlichen Straftaten aufgeklärt zu haben. Beispielhaft seien genannt:

- die Aufklärung des Mordes an dem jugoslawischen Gastarbeiter in Kemnat vom Juli vergangenen Jahres,
- die Aufklärung des Brandanschlags auf eine Asylbewerberunterkunft in Hemsbach vom vergangenen September, bei dem zwei Kinder schwere Brandverletzungen erlitten und
- die Aufklärung der Schändung jüdischer Friedhöfe bzw. KZ-Gedenkstätten in Karlsruhe, Überlingen und Birnau.

Die Polizei des Landes hat sich also der großen Herausforderung gestellt. Angesichts einer Woge fremdenfeindlicher Gewalt hat sie auf beispielhafte Weise reagiert und intern Kärfte freigesetzt und umgeschichtet. Dafür darf ich Ihnen allen danken und Sie bitten, diesen Dank an Ihre Mitarbeiter weiterzugeben.

Wie stellt sich derzeit die Lage dar?

Im vergangenen Jahr registrierten wir in Baden-Württemberg 757 fremdenfeindliche Straftaten. Darin sind ca. 91 Brandanschläge enthalten. Fast 100 Personen wurden verletzt. Nach der dramatischen Zunahme von Anschlägen nach Rostock im August bzw. nach Mölln im November 1992 verläuft die Kurve der Anschläge seit Anfang des Jahres kontinuierlich und signifikant abwärts. Im April 1993

registrierten wir 27 fremdenfeindliche Straftaten. diese Zahl liegt knapp über der des Vergleichsmonats 1992 mit 24 Fällen. Zu dieser augenblicklich positiven Entwicklung haben gerade auch die polizeilichen Maßnahmen beigetragen, wie die Aufklärung von Straftaten und die Kontrolle und Überwachung der einschlägigen Szene.

Besondere Bedeutung messe ich dem Einsatz Verdeckter Ermittler zu. Damit wollen wir schwerste Gewalttaten bereits in ihrer Planungs- und Vorbereitungsphase erkennen und vereiteln. Der Einsatz erfolgte zum richtigen Augenblick, zu einem Zeitpunkt, in dem sich rechtsextremistische Strukturen immer deutlicher organisierten und festigten. Wir befinden uns in einer Phase, in der es darum geht, die vollständige Abschottung bis hin zur Entstehung rechtsterroristischer Strukturen zu verhindern. Wäre dieser Zustand erst einmal erreicht, dies lehrt uns die Erfahrung mit der RAF, käme der Einsatz zu spät. Unsere Verdeckten Ermittler bekamen schon in kürzester Zeit gute Einblicke in die Szene; Einblicke, die wir mit konventionellen Mitteln nie erzielt hätten. Dies führt zwangsläufig zur Verunsicherung der Szene.

Sie alle wissen, daß wir darüber hinaus weitere Maßnahmen zur Informations- und Erkenntnisgewinnung getroffen haben.

Das sind:

- die Intensivierung der polizeilichen Beobachtung
- Verdeckte Fahndungsmaßnahmen
- die schwerpunktmäßige Durchführung von Razzien und Fahndungen
- die Einrichtung eines Meldedienstes über fremdenfeindliche Straftaten sowie
- die Ausdehnung des Aufgabenspektrums der Koordinierungsgruppe Terrorismus auch auf den Rechtsextremismus.

Darüber hinaus führen wir - und dies ist Bestandteil der Bekämpfungskonzeption - seit 1991 landesweit in großem Umfang Schutzmaßnahmen durch, insbesondere an den Unterkünften von Asylbewerbern. Hierzu werden je nach temporärer Entwicklung der Sicherheitslage Beamte der Schutz-, Kriminal- und Bereitschaftspolizei eingesetzt. Mehrfach war in der Vergangenheit auch ein ständiger Objektschutz an Unterkünften vor Ort notwendig.

Unsere polizeiliche Konzeption sieht aber auch baulich-technische Sicherungseinrichtungen an gefährdeten Objekten vor, um so einen personalunabhängigen Grundschutz zu gewährleisten; ein aus Sicht der Polizei wichtiger Aspekt, um den personellen Aufwand in verkraftbaren Grenzen zu halten. Die Erörterung des Phänomens Fremdenfeindlichkeit wäre aus polizeilicher Sicht unredlich, weil unvollständig, würden nicht auch weitere damit unmittelbar zusammenhängende und polizeilich erheblich zu Buche schlagende Entwicklungen aufzeigt. Ich meine damit folgendes:

- Polizeibeamte werden zunehmend zu Einsätzen gerufen, bei denen es in Sammelunterkünften um die Wiederherstellung der inneren Ordnung geht. Dabei steht die Schlichtung von Streitigkeiten und die Beilegung gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern wie jüngst in Rastatt, Freiburg und Reutlingen im Vordergrund. Hier treten die zu erwartenden Spannungen beim Zusammenleben von Menschen, insbesondere bei ethnischer, religiöser und

kultureller Verschiedenartigkeit deutlich zutage. Aus polizeilicher Sicht wäre es wünschenswert, wenn derartige Konflikte bereits im Rahmen der Betreuung verhindert bzw. begrenzt werden könnten. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, daß der Vollzugspolizei immer mehr die Aufgabe einer "Lagerpolizei" zuwächst.

- Bei den Polizeidienststellen mit Sammelunterkünften fällt ein nicht unerheblicher Aufwand zur Ermittlung und Bearbeitung der Straftaten von Asylbewerbern an. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Massenkriminalität sowie den strafrechtlich relevanten Asylmißbrauch. Durch mehrfache Asylantragstellung werden Betrügereien zum Nachteil von Sozialbehörden, Urkundenfälschungen und Falschbeurkundungen begangen. Gegenwärtig beträgt die Trefferquote der AFIS-Auswertung beim BKA ca. 17 - 20 %.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der im Dezember 1992 beim PP Karlsruhe eingerichteten Ermittlungsgruppe Asyl werden wir bei allen Polizeirevieren mit Sitz von Bezirksstellen Ermittlungsgruppen dieser Art einrichten. Dies entspricht einer bundesweit vereinbarten Konzeption.

Als weitere organisatorische Konsequenz empfehlen wir, bei den Polizeidirektionen mit Sitz von Modellbezirksstellen Abschiebegruppen vorzusehen. Dies hat sich bei der Polizeidirektion Reutlingen bestens bewährt.

Die Polizei muß nicht nur Asylbewerber und deren Unterkünfte vor gewalttätigen Übergriffen schützen. Auch diejenigen, die mit der Neugestaltung des Asylrechts und der Durchführung des Asylverfahrens befaßt sind, sind besonderen Gefahren ausgesetzt. Dies betrifft verantwortliche Politiker ebenso wie Richter, Beamte und Angestellte auf der Ausführungsebene. Sie alle kennen die hierzu vorliegenden Szenenpapiere sowie die vom BKA und LKA erstellten Lagebeurteilungen. Gerade bei der 2. und 3. Lesung der Änderung des Grundgesetzes - voraussichtlich am 26. d. M. - ist seitens der Sicherheitsbehörden höchste Aufmerksamkeit geboten.

Um all diese Maßnahmen abgestimmt und zielgerichtet umsetzen zu können, ist die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten geboten. Dies ist durch die Einrichtung der runden Tische gewährleistet. Sie stellen ein interdisziplinäres Krisenmanagement sicher. Über die konkreten Erfahrungen, die Sie vor Ort mit den runden Tischen gemacht haben, werden wir uns später eingehender unterhalten. Polizeintern müssen wir - auch dies muß offen angesprochen werden - von einer zunehmenden Belastung der Dienststellen und der Beamten vor Ort ausgehen.

Dies läßt sich an folgenden Zahlen und Lageprognosen festmachen:

- Der zu gewährende Schutz betrifft 100 000 Asylbewerber in ca. 5000 Unterkünften.
- Die Anzahl der Abschiebungen wird zunehmen. Im ersten Vierteljahr 1993 war der Polizeivollzugsdienst bereits an 1363 Abschiebungen beteiligt. Allein hierfür fielen über 13 000 Dienststunden an.
- Im gleichen Zeitraum kam es in Sammelunterkünften mit einer Größenordnung von über 200 Personen zu mehr als 660 Einsätzen.
- Wir müssen davon ausgehen, daß für die Abschiebegruppen am Sitz der Modellbezirksstellen zunächst sechs bis acht Beamte benötigt werden.

Diese Entwicklung muß gesehen werden vor dem aktuellen Hintergrund einer höheren Bedrohung durch den Linksterrorismus, der künftig wieder mehr Personal im Personen- und Objektschutz binden wird. Die insgesamt angespannte Personaldecke zeigt die Grenze des polizeilich Machbaren auf. Wir

werden weiterhin darauf angewiesen sein, flexibel im Sinne der Prioritätensetzung zu regieren. Natürlich versuchen wir auch im Rahmen unserer Möglichkeiten, die Personalsituation günstig zu beeinflussen. Für 1993 und 1994 ist bei den Landespolizeidirektionen Stuttgart I, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen die zweckgebundene Zuweisung von 108 Stellen vorgesehen. Ich weiß, daß mit dieser Stellenzuweisung noch kein einziger Beamter zur effektiven Verstärkung vor Ort verfügbar ist. Wir werden Ihnen deshalb auch weiterhin für überschaubare Aufträge Kräfte aus den acht gegenwärtig zur Verfügung stehenden Einsatzzügen der Bereitschaftspolizei zuweisen.

Letztendlich müssen wir registrieren: Die Polizei allein kann das Problem der ausländerfeindlichen Gewalt nicht lösen, insbesondere nicht die Ursachen dafür beseitigen. Hier ist gesamtgesellschaftlicher Handlungsbedarf gegeben. Nur darf über diese Ursachen - auch wenn die ausländerfeindliche Gewalt augenblicklich zurückgeht - nicht unreflektiert hinweggegangen werden. Wenn weiterhin bei der Jugend Perspektivlosigkeit, Werteverlust, mangelnde gesellschaftliche Orientierung und Überfremdungsangst vorhanden sind, und nichts dagegen unternommen wird, tickt die Zeitbombe ausländerfeindlicher Gewalt weiter. Es bedarf dann nur wieder eines Signals wie Hoyerswerda oder Mölln, um eine neue Welle ausländerfeindlicher Straftaten auszulösen. Fazit also: Die Ursachen kann die Polizei alleine nicht beseitigen und damit ist auch die gravierendste Grenze polizeilicher Möglichkeiten aufgezeigt.

Professor Dr.Ing e.h., Dr. h.c. Werner Niefer, ehem. Vorsitzender des Vorstandes der Mercedes Benz AG

Auswirkungen auf die Wirtschaft - Ökonomie und Toleranz

Wenn es ein Thema gibt, das uns Deutsche gerade in diesen Tagen so unmittelbar betrifft, und zwar in vielerlei Hinsicht, dann ist es - meine ich - die Frage des Umgangs mit unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Darüber gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die ein Wiederholen von Mölln verhindern, das ist eine ganz wesentliche Aufgabe von uns allen.

Insofern bin ich dankbar für die Möglichkeit, mit einigen Bemerkungen zur Wechselbeziehung zwischen Ökonomie und Toleranz beizutragen.

Ich glaube, man muß kein Psychologe sein, um die hinter den verabscheuungswürdigen Übergriffen auf Ausländer stehenden Motive zu erkennen. Die Schuldigen glaubte man schnell in Form junger Rechtsradikaler gefunden zu haben. Wie wir heute wissen, ist dies nur die halbe Wahrheit.

Man muß sich schon etwas mehr Mühe geben und tiefer schürfen, um an den Kern des Problems heranzukommen, an das, was meist junge, sozial entwurzelte Menschen in letzter Zeit dazu veranlaßt hat, in blinder Wut auf unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger loszugehen.

Wurden und werden Ausländer nicht vielmehr Opfer einer Aggressivität, die sich eigentlich gegen unsere Gesellschaft richtet; die sich aus Verzweiflung über die eigene soziale Lage entlud? Fehlt es nicht diesen Menschen vielmehr an einer Perspektive, an einem Halt in unserer Gesellschaft?

Ich glaube, hier liegen die Ursachen für diese Gewaltakte, die sich - und da bin ich mir ziemlich sicher - selbst dann ereignet hätten, lebten keine Ausländer unter uns. Die Opfer wären dann möglicherweise andere Randgruppen oder wir selbst.

Welches sind nun die Beiträge, die die deutsche Wirtschaft leisten kann, damit derartige Friktionen in unserer Gesellschaft abgebaut werden können und ein Klima der Diffamierung und Diskriminierung durch ein Klima der Toleranz gegenüber anders Denkenden, anders Fühlenden und anders Sprechenden ersetzt werden kann. Ich glaube, wir Unternehmer sind zunächst einmal aufgefordert, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu bieten. Eine Perspektive, die eine materielle Absicherung ermöglicht und die Anerkennung in der Gesellschaft und das Selbstwertgefühl stärkt.

Wir bei Mercedes-Benz bieten Jahr für Jahr 10.000 jungen Männern und Frauen im Rahmen einer Lehrlingsausbildung in unseren 12 inländischen Werken, der Zentrale und unseren 43 Niederlassungen eine berufliche Zukunft. Unter ihnen befinden sich regelmäßig mehr als 1.500 ausländische Berufseinsteiger. Sie können sich vorstellen, daß ich als jemand, der vor nunmehr 50 Jahren bei Daimler als Maschinenbau-Lehrling begann, immer wieder gerne mit jungen Menschen, die sich in der Ausbildung befinden, zusammenkomme. Ich freue mich jedesmal wieder auf's Neue zu sehen, wie unkompliziert hier miteinander umgegangen wird und wie nebensächlich doch Herkunft und Sprachprobleme sein können. Und es sind nicht selten gerade die jungen Ausländerinnen und Ausländer, die sich an die Spitze ihres Lehrlings-Jahrgangs setzen.

Was will ich mit diesem Beispiel sagen? Toleranz, gegenseitiger Respekt und Weltoffenheit stehen auf dem Lehrplan. Der Umgang miteinander, der hier sozusagen praktiziert wird, überträgt sich natürlich auch auf das persönliche Umfeld. So entsteht eine Vertrauensgemeinschaft, die der Gewalttätigkeit gegenüber Ausländern keine Chance läßt.

Nun wissen Sie aber auch, daß die deutsche Wirtschaft derzeit nicht nur mit konjunkturellen, sondern auch mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Immer stärker gerät der Standort Deutschland in Gefahr, seine einstmaligen Qualitäten zu verlieren. Ich erinnere hier nur an die Tatsache, daß wir Deutsche inzwischen Weltmeister im "Urlaubmachen" sind, daß wir die weltweit höchsten Lohnkosten haben und uns zusätzlich ein kaum noch zu finanzierendes soziales Netz leisten.

Dies alles schlägt sich in unseren Kostenstrukturen nieder, drückt auf die Preise und wirft uns in unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit weiter zurück. Was wir jetzt brauchen ist eine standortpflegende Wirtschaftspolitik, sind maßvolle Lohnabschlüsse und keinesfalls zusätzliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft, etwa in Form der aktuell diskutierten Pflegeversicherung. Nur damit schaffen wir es, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland nachhaltig zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und zusätzliche Beschäftigungseffekte zu erzielen.

Lassen Sie es mich einmal so formulieren:

Wenn es der deutschen Wirtschaft gut geht, wenn jeder Arbeitswillige auch einen Arbeitsplatz hat, dann, meine Damen und Herren, stellt dies auch einen Beitrag zur Wiederherstellung des sozialen Friedens dar und damit zum Abbau sozialer Spannungen, die sich in jüngster Zeit ja so heftig entladen haben.

Einen weiteren Beitrag, den wir in den Unternehmen leisten können, sehe ich in der Solidarisierung mit unseren ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich halte es für ein Gebot der Stunde, im Jahr 1 von Europa, wo Märkte zusammenwachsen und Regionen zusammenrücken, die Menschen nicht nach ihrem Paß zu beurteilen. Solidarisierung tut Not.

Bei Mercedes-Benz beschäftigen wir über 26.000 ausländische Mitarbeiter allein in Deutschland, die aus 70 Nationen kommen. Weltweit arbeiten über 80.000 ausländische Mitarbeiter für den Stern. Viele der hier in Deutschland beschäftigten ausländischen Mitarbeiter sind schon über 30 Jahre bei uns im Unternehmen und engagieren sich mit der gleichen Hingabe für die Sache des Sterns wie ihre deutschen Kollegen. Sie leisten in allen Bereichen unseres Unternehmens zum Teil schon in der zweiten Generation einen nicht mehr wegzudenkenden Beitrag zum Erfolg der Mercedes-Benz AG.

Nehmen wir ein Beispiel:

Sie alle wissen, daß wir in wenigen Wochen unsere neue C-Klasse, den neuen kleinen Mercedes, vorstellen werden. Wie jeder Mercedes-Benz in den letzten Jahren, wurde sein Blechkleid von dem "Vereinten Nationen Team" um unseren Designer Bruno Sacco herum entworfen - der Name Sacco klingt übrigens nicht nur italienisch, er ist es auch. Ein Mann, der sich dabei ganz besonders verdient gemacht hat, war ein junger, brillanter Designer mit türkischem Paß, dem wir die Ausstattungsvielfalt der neuen C-Klasse maßgeblich zu verdanken haben.

Wenn wir also zu Jahresbeginn die Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit seitens des Stuttgarter Taxi-Gewerbes unterstützt haben, wenn wir in einem offenen Brief an alle Mitarbeiter zu einem noch engeren Schulterschuß mit unseren ausländischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auffordern und wenn wir im Rahmen unserer vielen über den beruflichen Bereich weit hinausgehenden Veranstaltungen allen Mitarbeitern ein Forum bieten, sich näher zu kommen und sich im Sinne des alten "Daimler-Geistes" als Teil der weltweiten Mercedes-Benz-Familie zu verstehen, dann meine ich, ist das eine Selbstverständlichkeit gegenüber den Menschen, mit denen wir Tag für Tag zusammenarbeiten, mit denen wir Freundschaften geschlossen haben und deren Leistungen unseren Respekt verlangen.

Und noch einen wichtigen Aspekt sollten wir nicht übersehen und alle Zweifler und "Deuschtümmler" immer wieder daran erinnern:

Ich meine die Tatsache, daß wir unseren Wohlstand hier in Deutschland in ganz erheblichem Maße den Menschen zu verdanken haben, die Tag für Tag in der ganzen Welt unsere Produkte kaufen. Über 50 % unseres Umsatzes von 67 Mrd. DM machen wir bei Mercedes-Benz im Ausland. Jeden Tag nehmen über 1.200 ausländische Kunden eines unserer Produkte in Empfang. Mit einem weltumspannenden Netz von über 6 Tsd. Service- und Vertriebsstützpunkten in über 170 Ländern dieser Welt bemühen wir

uns um das Wohl dieser Kunden. Ich selbst habe in den vielen Jahren meines Wirkens für Daimler-Benz, für Mercedes-Benz im Rahmen des Aufbaus unserer Produktionswerke in Südamerika, Afrika und Asien immer wieder dankbar die Gastfreundschaft unserer ausländischen Partner in Anspruch genommen und dabei viele Freundschaften geschlossen.

Für uns bei Mercedes-Benz ist der Markt der Weltmarkt. Und so, wie wir den Kunden weltweit begegnen, so begegnen sie uns. Dabei können wir nicht erwarten, daß sie einen Mercedes-Benz kaufen, wenn sie gleichzeitig wissen, daß ihre Landsleute in dem Land, in dem dieses Fahrzeug hergestellt wird, angefeindet werden.

Wir dürfen uns daher nicht wundern, wenn ausländische Investoren die Berichterstattung über einschlägige Vorfälle in Deutschland zum Anlaß nehmen, sich in Deutschland rar zu machen. Und das in einer Zeit, wo wir ausländische Investitionen gerade in den neuen Bundesländern so dringend brauchen. Denn welcher Investor geht schon gerne in eine Region, von der er nicht sicher ist, ob dort nicht eines Tages wieder Gewalt und sozialer Unfriede ausbricht.

Ich sehe es daher als eine Verpflichtung aller gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland an, durch Bündnisse der Vernunft und Toleranz, durch Gespräche mit den Betroffenen und den jugendlichen Extremisten, aber auch durch den Dialog mit unseren ausländischen Gesprächspartnern Mißtrauen auf allen Seiten abzubauen und zu einem Klima des Vertrauens beizutragen.

Bleiben wir noch ein klein wenig beim Thema der internationalen Ausrichtung der deutschen Wirtschaft. Sie beschränkt sich ja nicht allein auf den Verkauf heimischer Produkte über die Landesgrenzen hinweg, sondern sie erstreckt sich auch auf die Schaffung von Wertschöpfung im Ausland.

Warum weise ich darauf hin? Weil der Beginn der 90er Jahre für uns alle auch ein Beginn des neuen Denkens darstellt. Wir alle wurden Zeitzeugen des Mauerfalls und der friedlichen Umwandlung der Sowjetunion in einen Staatenbund, der sich auf dem Weg in die Demokratie befindet. Das drohende Damoklesschwert des Kalten Krieges lastet nicht länger über uns, die Welt ist ein Stück weit sicherer geworden, auch wenn uns die Geschehnisse im ehemaligen Jugoslawien jeden Tag vor Augen führen, daß es noch ein langer Weg ist, bis im europäischen Haus Frieden herrscht.

Jetzt, wo die Menschen in Osteuropa ihr Schicksal in die Hand nehmen können, wo ihnen der Zugang zu westlichen Medien und Produkten nicht länger versperrt ist und wo der Kontakt über Grenzen hinweg deutlich leichter fällt, jetzt beginnen die Völker Osteuropas, sich auf den Weg zu machen. In Richtung Stärkung der demokratischen Strukturen und in Richtung Reform des Wirtschaftssystems nach marktwirtschaftlichem Vorbild.

Schon heute läßt die anschwellende Zahl der Asylbewerber aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks erahnen, welche Wanderungsströme in Europa einsetzen werden, wenn die eingeleiteten Reformprozesse im Osten durch reaktionäre Kräfte zum Stillstand gebracht werden. Die Geduld der Russen, Polen, Rumänen und anderer Völker - aber auch der Deutschstämmigen in diesen Ländern - ist nicht unerschöpflich. Sie wollen rasche und nachhaltige Erfolge sehen, sie erwarten von ihren neuen Führern eine sichtbare Besserung ihrer Lebensumstände.

Wenn wir Deutsche uns nicht um die Entwicklung in diesen Ländern kümmern, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn diese Menschen schon bald vor unserer Tür stehen. Im übrigen sind derartige Wanderungsphänomene keine Erfindung unseres Jahrhunderts, die gibt es schon länger. Ich denke beispielsweise an die Bergleute aus Oberschlesien, die ihre polnischen Namen in das Ruhrgebiet mitgebracht haben. Und wenn Sie heute einen Namen wie Litbarski nehmen, dann erinnert der daran, daß sich diese deutsche Familie bereits seit längerem im Westen Deutschlands zu Hause fühlt.

Ich glaube, es besteht kein Zweifel daran, daß dem wirtschaftlichen Engagement der Industriestaaten in Osteuropa eine ganz wesentliche Rolle bei der Stabilisierung und Förderung der politischen und wirt-

schaftlichen Reformprozesse in Osteuropa zukommt. Gerade wir Deutsche verfügen traditionell über gute Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten des Ostens. Jetzt gilt es, diese zu intensivieren, in unserem Interesse, aber auch im Interesse der Menschen in diesen Ländern.

Sicher, ich weiß, daß Kooperationsprojekte und die Einrichtung von Fertigungsstandorten im Osten von hohen Risiken begleitet und alles andere als leicht zu realisieren sind. Aber eines weiß ich auch: Ohne unsere Unterstützung, ohne unseren Know-how-Transfer und das Angebot zur Selbsthilfe würden die Reformkräfte bald erlahmen.

Wie gerne die Menschen im Osten die ihnen entgegengestreckte Hand nehmen, mag man am Beispiel der jetzt aufgenommenen Montage von Mercedes-Benz-Reisebussen in Rußland erkennen. Bereits vor der Auflösung der Sowjetunion kam das russische Transportministerium auf uns zu mit der Bitte, die russische Automobilindustrie in ihrem Bemühen, den Anschluß an das Weltniveau zu finden, zu unterstützen. Nach mehreren gegenseitigen Besuchen und vielen Verhandlungsrunden war es dann so weit: Mit dem AVTROKON-Konzern - dem mit über 88.000 Mitarbeitern größten Hersteller von Bussen und Transportern in Rußland - konnten wir Anfang 1990 einen Vertrag zur Lizenzfertigung unserer bewährten O 303-Reisebusse in Golizyno nahe Moskau - abschließen. Unsere Planungen sahen schon für 1991 den Montagebeginn der ersten MB Busse "Made in Rußland" vor. Dazu kam es nicht, weil die Frage der Finanzierung immer wieder zu scheitern drohte und weil sich die politische Landschaft in der Zwischenzeit grundlegend änderte.

Und dennoch:

Wir haben uns nicht beirren lassen, auch deshalb nicht, weil sich unser russischer Partner voller Ehrgeiz und mit großem Engagement für unsere gemeinsame Sache eingesetzt hat. Jetzt ist der Weg frei, vor wenigen Wochen begann die Busfertigung in Golizyno, die in ihrer Endausbaustufe eine Kapazität von 2.500 Einheiten vorsieht und die damit 3.000 russischen Busbauern und ihren Familien eine berufliche Perspektive bietet.

Als ich mit einer Verhandlungsdelegation kürzlich in Moskau weilte und wir mit dem Auto stadteinwärts nach Moskau fahren, da fuhr vor uns ein verdreckter alter Bus. Jemand hatte auf das Heck mit den Fingern einen Mercedes-Stern gemalt, darunter stand etwas in kyrillischer Schrift. Als wir unseren Dolmetscher baten, dies zu übersetzen, mußte er lachen, es hieß: Wann kommst Du endlich? Jetzt!

Das Beispiel AVTROKON steht stellvertretend für viele Projekte der Mercedes-Benz AG und der Daimler-Benz AG in Osteuropa. Erst kürzlich haben wir ein ähnliches Kooperationsprojekt zum Bau von Schwer-Lkw mit dem usbekischen Staatskonzern für Automobile abgeschlossen. Auch in der Ukraine und in Kasachstan sind wir beispielsweise aktiv.

Ich müßte lügen, würde ich behaupten, unser Engagement in diesen Märkten mit langfristig enormem Potential wäre nicht von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Aber wenn dieses Engagement gleichzeitig einen noch so kleinen Beitrag zum Abbau des Wohlstandsgefälles zwischen West und Ost darstellt, wenn es hilft, die Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Mechanismen sichtbar zu machen und den Glauben an eine Gesellschaft zu stärken, die es aus eigener Kraft packen wird, dann, meine ich, ist dies kein Nachteil. Auch nicht im Hinblick auf das Thema, über welches wir heute reden: Die Beseitigung des zunehmenden Konfliktpotentials in unserem Land als Folge des steigenden Zustroms osteuropäischer, aber auch afrikanischer und asiatischer Asylsuchender, die sich bei uns ein besseres Leben versprechen.

Aber die Wirtschaft kann dieses Problem nicht allein lösen, hier sind alle Kräfte unserer Demokratie gefordert.

Soweit zu den Beiträgen, die die deutsche Wirtschaft, die wir im Daimler-Benz Konzern und bei

Mercedes-Benz zum Abbau sozialer Spannungen in unserem Land und zum friedlichen Miteinander unter den Völkern Europas leisten und noch zu leisten haben. Wir können heute blicken wohin wir wollen, weder in Politik, Gesellschaft, noch Wirtschaft reichen die alten Antworten heute aus. Die Welt um uns herum hat sich grundlegend geändert. Wir müssen nach vorn blicken und die Herausforderungen als Chance begreifen. Wir müssen lernen, das uns fremd Erscheinende zu verstehen. Lernen, uns zu öffnen und auf Menschen anderer Kulturen zuzugehen.

Ich frage mich, wieso uns Deutschen - die wir doch Weltmeister im "Reisen" sind - dies manchmal so schwer fällt. Essen wir nicht gern russischen Kaviar oder polnische Gänse? Ja, aber sicher, nur eben wenn es darum geht teilen zu müssen, sich von lieb gewordenen Besitzständen zu verabschieden, dann reagieren wir immer noch so, als lebten wir auf einer Insel der Seligen.

Zugegeben, der Zustrom ausländischer Bürgerinnen und Bürger in unser Land bedeutet für uns alle eine Umstellung, wir müssen näher zusammenrücken. Hier ist die Politik gefordert, diesen Zustrom, der um ein Vielfaches höher liegt als in jedem anderen Staat der EG, in geordnete Bahnen zu lenken, vor allem aber dafür zu sorgen, daß in diesem Zusammenhang sichtbare soziale Ungerechtigkeiten beseitigt werden.

Die Bürger unseres Landes wenden sich weder gegen die Asylgewährung an politisch Verfolgte, noch gegen den geregelten Zuzug anderer Ausländer. Was sie empört, ist der dauernde, ständig wachsende Mißbrauch eines Grundrechts und die anhaltende Duldung dieses Mißbrauchs. Solange das Asylrecht als Vehikel für unkontrollierte Einwanderung mißbraucht wird, solange vergiftet dies das soziale Klima.

Der Steuerzahler kann nicht verstehen, weshalb er pro Jahr 8 Mrd. DM für den Unterhalt illegal Zugewanderter aufwenden muß, die mangels politischer Verfolgung weder den Anspruch auf Asyl haben, noch unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen. Zur Demokratie gehört, daß die Sorgen der Regierten von den Regierenden ernst genommen werden. Geschieht dies nicht, so hat das im Volk Enttäuschung, Verdrossenheit und Unwillen über Politik und Politiker zur Folge.

Aber, eröffnet uns nicht vielmehr das Zusammenwachsen der Völker in Europa - und damit meine ich nicht nur Westeuropa - auch ganz neue Chancen? Der arbeitsteilige Wirtschaftsprozeß über Grenzen hinweg wird erleichtert und er wird zunehmen. Daß er schon heute nicht mehr wegzudenken ist, zeigt die Entwicklung auf dem Luftfahrtsektor. Der Airbus ist ein Stück gelebtes Europa und er zeigt, daß die Überlebensfähigkeit dieser Industrie nur im internationalen Verbund möglich ist.

Sicher ist: Das Europa der Zukunft wird ein Europa der Vielfalt, es wird multikultureller und interessanter. Der freie Fluß von Gütern und Menschen kennt keine Schlagbäume mehr. Vielleicht sind die Grundideen von Europa auch eine Antwort darauf, was in der Zeit nach den Lichterketten noch kommen muß.

Wir im Daimler-Benz Konzern haben uns auf die faszinierende Aufgabe, in einem solchen Europa Menschen zusammenzubringen und Güter zu transportieren, gründlich vorbereitet. Als integrierter Technologiekonzern verfügen wir über die Ressourcen, das wachsende Verkehrsaufkommen durch intelligente, integrierte Verkehrssystemlösungen umwelt- und menschengerecht zu bewältigen. In diesem Sinne arbeiten wir nicht nur an neuen Mobilitätskonzepten zu Wasser, zu Lande und in der Luft, wir werden uns als ein der Gesellschaft gegenüber verpflichtetes Unternehmen auch weiterhin für die Mobilität in unseren Köpfen einsetzen.

Fremdenfeindliche Gewalt: Ursachen - Auswege

Nach aktuellen Umfragen ist etwa ein Drittel der Jugendlichen (im Osten und im Westen) Deutschlands ausländerfeindlich eingestellt. Ähnliche Ergebnisse wurden in verschiedenen Untersuchungen schon Mitte der 80er Jahre ermittelt, wurden aber nicht ernst genommen. Nun darf man den Jugendlichen nicht von vornherein die Schuld in die Schuhe schieben. Wer über Fremdenfeindlichkeit und Gewalt spricht, muß zunächst über die Generation der Eltern und Erwachsenen reden. Die Jugendlichen werden in eine Gesellschaft hineingeboren, die sich zwar demokratisch und auch sozial nennt, die aber zusätzlich eine harte Konkurrenzgesellschaft ist.

In Westdeutschland hatten wir es über Jahrzehnte hinweg mit immer stärkeren Individualisierungsprozessen zu tun. Das heißt, es gibt eine Zunahme von Handlungsmöglichkeiten für den einzelnen bei gleichzeitigem Herauslösen aus sozialen Milieus. Die Formen der Gewalt in den beiden Gesellschaften sind durchaus unterschiedlich.

In Ostdeutschland treffen wir auf eine entgrenzte Gewalt. Die Jugendlichen sind unter repressiven Verhältnissen aufgewachsen. Bricht diese Außensteuerung weg, sind keine moralischen Positionen mehr vorhanden, die Grenzen in Konfliktsituationen markieren können.

Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttäter ist ungefähr bekannt. Wieviele klammheimliche Beifallklatscher es gibt, ist schwer zu sagen. Schon als es noch keine Exzesse wie in Rostock gab, ging die Akzeptanz von Ausländern in den Meinungsumfragen zurück. Gleichzeitig stieg das Verständnis für rechtsradikale Aktivitäten.

Es herrscht die Illusion, Fremdenfeindlichkeit wäre ein Problem von Randgruppen, besonders von sozial Schwachen. Aber wenn Asylbewerberheime in gutbürgerliche Siedlungen hineingestellt werden und dort vielleicht den Verkaufswert der Grundstücke mindern, keimt da Fremdenfeindlichkeit genauso auf.

Allgemeine Erklärungen für Fremdenfeindlichkeit sind schwierig. Das zentrale Problem sind soziale, berufliche und politische Auflösungsprozesse, die sich längst nicht mehr auf irgendwelche Randgruppen beschränken - sie haben den Kern der Gesellschaft erfaßt. Eine Gesellschaft wird durch Tradition, soziale Beziehungen, Utopien, durch Religion und stabile Gemeinschaften zusammengehalten. Doch diese "Bindemittel" werden von einem individuellen Kosten-Nutzen-Denken verdrängt. Ein Teil der Jugendlichen zumindest vermißt die alten Integrationsmuster. Sie suchen Halt und neue Gewißheiten. Da knüpfen rechtsextreme Gruppen an: Sie bieten Vorurteile und Ersatzstabilisatoren an. Politiker und Wissenschaftler verschleiern dies gern: Sie tun so, als könne man die Randgruppen befriedigen durch finanzielle Unterstützung oder notfalls durch Repression. Konsum, Geld und Status - solche Integrationsmittel werden sehr schnell aufgebraucht, wie wir in Ostdeutschland gerade sehen.

Nehmen wir zum Beispiel die Kirche. Die veranstaltet zwar jährlich die Woche des ausländischen Mitbürgers und engagiert sich vor allem auf der Leitungsebene sehr stark. Aber allzu vehement dürfen Gemeindepfarrer da schon gar nicht mehr auftreten, weil der Kern der Kirchgänger auch stark von Vorurteilen geprägt ist. Das gleiche gilt für die Gewerkschaften: 30 % der Republikanerwähler in Baden-Württemberg sind Gewerkschaftsmitglieder.

Man kann fragen, ob sich Rostock oder Mölln hätten vermeiden lassen, wenn man aus Hoyerswerda die richtigen Konsequenzen gezogen hätte. Aber man muß das wohl verneinen. Denn die strukturellen Ursachen des Rechtsextremismus werden überhaupt nicht bekämpft. Nach Hoyerswerda wurden zwar zahlreiche Maßnahmen angekündigt, aber bei genauerem Hinsehen handelt es sich nur um Versuche, gewalttätige Jugendliche zu bekehren oder zu bestrafen. Die Ursachen wirken weiter.

Es wird immer wieder gefragt, ob die Ausschreitungen von Rostock und Mölln ein spezifisch deutsches Phänomen seien. Darauf muß man sicher mit Nein antworten. Aber man muß auch die besondere

Situation Deutschlands in Rechnung stellen, den Wiedervereinigungsstreß, die hohe Zuwanderungsrate usw. Zu vermuten ist, daß sich die Konflikte auch in anderen Ländern zuspitzen werden. Überall gibt es das Auseinanderdriften von technologisch-ökonomischer Entwicklung und einem Schnecken-tempo bei der Sozialisation der Menschen.

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat kürzlich gesagt: "Bildung ist kein Hinderungsgrund für Fremdenfeindlichkeit". In der Tat: Toleranz wird auch dort nur solange geübt, solange man es sich leisten kann. Außerdem verhallt der Ruf nach Toleranz folgenlos, wenn das Bild des fehlerlosen Fremden gemalt wird. Wenn also gegen das Zerrbild der Fremdenfeindlichkeit ein Idealbild gestellt wird. Multikulturelle Gesellschaft bedeutet im rechten Spektrum Chaos, während in der linken Szene mit diesem Begriff nur an ein immerwährendes Straßenfest gedacht wird. Von diesen Klischees müssen wir weg. Wir brauchen eine multikulturelle Konfliktforschung, die rechtliche, politische und soziale Mechanismen der Konfliktregelung entwickelt.

Für gefährdete Jugendliche bedeutet dies:

Wir müssen immer wieder in die sozialen Verästelungen des Alltags hinuntersteigen, denn dort entsteht die Gewalt. Individuell, rein rechnerisch, verfügen wir über immer mehr Freizeit. Gleichzeitig nimmt aber die gemeinsam verbrachte Zeit immer mehr ab. Dies hat etwas mit der Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft zu tun, mit der Flexibilisierung von Arbeitszeiten und neuen Produktionsmethoden. Dieser Mangel an gemeinsam verbrachter Zeit geht eindeutig zu Lasten der Kinder und Jugendlichen. Ihre Sorgen, Nöte und Wünsche - und das sind in der Regel Herzenssachen - werden in die übriggelassenen Zeitlücken hineingestopft. Das Pinbrett in der Küche wird zum Kommunikationszentrum der Familie. Die Zeit, um mich mit den anderen abzustimmen, um Rollen zu lernen, Konflikte zu regeln, gemeinsame Normen und Werte anzunehmen, geht zunehmend verloren. Die Orientierungsdefizite der Eltern gehen auf die Jugendlichen über. Soziale Verankerungen lösen sich auf. Wir müssen also die Folgen unseres Handelns für andere überhaupt nicht mehr bedenken. Gleichgültigkeit greift um sich und das heißt: die Gewaltschwelle sinkt!

Es ist in der Tat zu befürchten, daß immer mehr kleine Rambos aus den Familien herauswachsen und daß die Brutalität zunimmt. Das ist nicht zwangsläufig und unabwendbar! Aber wir müssen es wissen. Und: Das festzustellen, heißt, nach der Pädagogik und nicht nur nach der Politik fragen! Dabei sind einseitige Schuldzuweisungen verfehlt. Mancher Politiker, aber vielleicht auch die Kirchen, haben sich hier in eine Falle hineinmanövriert: Sie erwarten (im Augenblick) einfach zu viel von der Familie. Diese ist vielfach überfordert.

Die soziale Marktwirtschaft konnte ihren Siegeszug vor allem deswegen antreten, weil sie sich auf traditionelle Gemeinschaftsformen stützen konnte. Als diese jedoch schwächer wurden, war die Ausgrenzung des Fremden dann das letzte Mittel, das den Auflösungsprozessen entgegengesetzt wird. Nur noch nationale Stimmungen dienen dann als soziales Bindemittel. Folge: Je weiter die Desintegration der aufnehmenden Gesellschaft voranschreitet, desto größer werden die Integrationsprobleme für die Zuwanderer. Das heißt, daß wir diejenigen, die aufgenommen werden sollen, nicht rauswerfen, sondern unsere eigenen Desintegrationsprozesse stoppen. Das ist die eigentliche Bewährungsprobe, die uns in unserer Gesellschaft noch bevorsteht.

Man kann den Politikern nach Rostock und Mölln nicht mehr vorwerfen, das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit unter den Tisch zu kehren. Sie reden darüber, verhindern aber vielfach immer noch die Suche nach Ursachen: Wir sperren die Verbrecher ein und denken, daß das Problem erledigt ist. Das schreckt rechtsextreme Jugendliche aber nicht ab. Das Etikett "Neonazi" hat aber den Effekt, daß die so Bezeichneten die allgemeine Angst vor diesem Etikett spüren. Die Angst der Erwachsenen ist zugleich ein Machtzuwachs bei diesen Jugendlichen.

Man muß also über die Ingetration dieser Jugendlichen nachdenken. Diese ist mit Sicherheit nicht durch Moralpredigten zu erreichen. Denn je höher die Moralisierung, desto niedriger sind die Kommunikationschancen. Und wir wissen auch, daß Repression erst recht keine Probleme löst.

Deshalb müssen wir uns zunächst über eins klar werden: Gewaltprozesse sind Interaktionsprozesse. Das bedeutet, die Konfliktparteien lernen voneinander. Wenn Asylbewerberheime bewacht werden, suchen sich die Gewalttäter eben Orte, wo Ausländer nicht geschützt werden können. Und es hilft auch nichts, zu sagen: "Wenn die erst mal älter sind, dann wachsen sie aus diesen Gewaltgruppen heraus und werden vernünftig."

Man kann sogar sagen, daß auf diese Weise Verbrechen verharmlost werden. Man beruhigt sich. Die Rocker von damals sind zu Sparkassenangestellten, Busunternehmern oder Gemeinderäten geworden. Warum sollte das nicht auch mit den gewalttätigen Jugendlichen von heute passieren? Solche Integrationsmuster funktionieren nicht mehr so einfach, wie es uns die Jugendsoziologen und Jugendpsychologen in der letzten Zeit immer nachdrücklicher bestätigen. Außerdem: Wenn die Jugendlichen erst einmal in Gewaltzusammenhängen drinstecken, dann erfahren sie Gewalt als durchaus effektives Handlungsmuster und gewöhnen sich daran.

Der jetzt eingeschlagene Kurs mit schärferen Maßnahmen, rigoroserer Anwendung von Gesetz und härteren Strafen ist zwar nötig, hat aber eigentlich nur symbolischen Charakter. Keine Frage: Die Fremden müssen mit allen Mitteln der staatlichen Gewalt geschützt werden. Und häufiger als bisher müssen die politisch Verantwortlichen für unterlassene Hilfeleistung und unterlassene Polizeieinsätze zum Rücktritt gezwungen werden. Doch noch einmal: Das ist noch nicht die Lösung des Problems.

Wann begreift man endlich, daß der Rechtsextremismus nicht dadurch bekämpft werden kann, daß man ihm seine derzeitigen Opfer wegnimmt - dann wären nämlich bald andere Gruppen dran. Alles spricht dafür, daß das die körperlich und geistig Behinderten sein werden, von denen selbst in den Medien bereits wieder von "Krüppeln" die Rede ist.

Es geht um eine andere Politik, die bei der Frage ansetzen muß: Wie werden Menschen in dieser hochindustrialisierten und auf Konsum und Freizeit getrimmten Gesellschaft behandelt? Doch diese Frage nach den Ursachen ist bis jetzt ein Tabu. Den Kern der Moral für eine humane Behandlung des Menschen kann man theologisch beschreiben und begründen, aber auch ethisch. Ernst Tugendhat, ein bekannter Philosoph, macht darauf aufmerksam, daß der Kern der Moral die Goldene Regel ist. Und zwar in ihrer positiven wie negativen Formulierung. Die positive Formulierung: Alles, was ihr wünscht, das die Menschen euch tun sollten, das müßt ihr ihnen auch zugestehen.

Aus dieser Goldenen Regel entstehen, wie Tugendhat sagt, Gebote, denen spiegelbildlich Rechte entsprechen. Fundamental das Gebot, die Mitmenschen in ihrer Menschenwürde zu achten und sie nicht zu demütigen.

Der amerikanische Philosoph Alan Gewirth hat in seinem Buch "Vernunft und Moral" in präzisen Schritten entwickelt, warum sich die Menschen als Subjekte moralischer Rechte gegenseitig respektieren müssen. Es ist also nicht so, als könnte man dies nur theologisch formulieren. In Zeiten, in denen kirchliche Äußerungen immer weniger Resonanz finden, ist es wichtig, daß ihre Botschaft auf anderen Wegen zu den Menschen guten Willens gelangt. Man kann das also auch konsequent ethisch formulieren.

Tugendhat macht darauf aufmerksam, daß der Mensch nur dann ein Gewissen hat und kein Monster ist, wenn er die Würde jedes Menschen achtet, wenn er das Anderssein des anderen achtet, wenn er selbst Achtung empfindet, wenn er also in eine Achtungskommunikation der Menschen eintritt, in der die Menschen als Subjekte moralische Rechte respektieren. Ich zitiere Tugendhat: "Die Frage, ob wir uns selbst als moralische Wesen verhalten oder als Monstren, zeigt sich nicht nur in unserem individuellen Umgang, sondern vor allem darin, ob wir vom Staat verlangen, daß er sich moralisch verhält. Oder ob wir von ihm verlangen oder auch nur zulassen, daß er sich als Monstrum verhält."

Der Weg, den Gottes Liebe nimmt, ist der Mensch. Auch in den Fragen nach Ursachen und Auswirkungen fremdenfeindlicher Gewalt geht es um die Rettung des Menschlichen: Um die Rettung der Würde eines jeden Fremden bei uns - aber auch darum, den Gewalttätern - soweit irgend möglich -

nach Buße und Wiedergutmachung eine humane Integration zu ermöglichen. Dies um so mehr, als sie, die Ausländer zu Opfern ihrer brutalen Gewalt machen, oft auch Opfer sind.

Der Pfarrer einer kleinen oberschwäbischen Gemeinde mit knapp 2.000 Katholiken hat kürzlich beim Bischöflichen Ordinariat um die Bezuschussung einer neuen Form von "Jugendarbeit" nachgesucht. Sehr viele seiner Jugendlichen seien Mitglieder von "Clubs" bzw. Banden, die alle mehr oder weniger Nähe zu Skins und rechten Rockern haben. Einige schätzt er als hochgefährdet ein. Er will nun, obwohl weder gesund, noch besonders jung, diese Jugendlichen einladen, ihnen zuhören und mit ihnen sprechen. Er ist ganz gewiß nicht der Typ, der diesen jungen Leuten irgendein Unrecht durchgehen lassen wird, nur um sich bei ihnen beliebt zu machen. Im Gegenteil. Aber er ist davon überzeugt, daß irgendjemand den ersten Schritt auf sie zu machen muß. Und er sagt: "Wenn wir nicht, wer dann?!"

Jörg Bischoff, Chefredakteur "Schwarzwälder Bote"

Fremdenfeindlichkeit und Deutschlands Sonderrolle

Der Bürgermeister von St. Petersburg, Anatolij Sobtschak, ist kürzlich gefragt worden, welche Bedrohungen für Rußland er nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion für die Zukunft sehe. Er antwortete, und zwar in dieser Reihenfolge: "China, der Islam - und Deutschland".

Gewiß mag dies eher militärisch gedacht gewesen sein. Da aber auch in Rußland die Denkweise sich von der rein militärischen Bedrohung nach Blöcken abwendet und sich die Aufmerksamkeit mehr den Krisenherden zuwendet, läßt diese Einschätzung durchaus aufhorchen. China, das leuchtet ein. Es war für Rußland schon immer eine besondere Herausforderung, weniger der möglichen sozialen Konflikte wegen, die sich in dem fernöstlichen Riesenreich abspielen könnten, als vielmehr der Bevölkerungszahl von einer Milliarde Menschen und dem damit verbundenen Machtpotential wegen.

Auch der Blick auf den Islam mutet aus der Sicht eines Russen verständlich an. In den südlichen Republiken, in Kasachstan, Aserbeidschan und anderen islamischen der ehemaligen Sowjetunion braut sich ein Konfliktpotential an, wie wir es zwischen orthodoxen Christen in Serbien und moslemischen Bosniern längst erleben. Und daß für einen ehemaligen Marxisten wie Sobtschak gerade der fundamentalistische Islam als herausragende Bedrohung empfunden wird, leuchtet ebenso ein.

Warum aber Deutschland? Dieses Land, das derzeit weltweit die Hälfte der Wirtschaftshilfe für Rußland und 70 Prozent der Hilfe aus der Europäischen Gemeinschaft leistet, müßte von einem russischen Politiker eigentlich als Freund und nicht als Bedrohung empfunden werden. Dies umso mehr, als Deutschland dabei ist, seine Streitkräfte auf gut die Hälfte des vorigen Standes zu mindern und als die deutsche Politik intensiv darum bemüht ist, die Staaten Mittel- und Osteuropas möglichst eng an die Nato anzubinden.

Sie werden fragen: Was hat dies mit unserem Thema zu tun? Mit den ausländerfeindlichen Tendenzen in Deutschland? Mit ihrer Wirkung auf das befreundete Ausland?

Meine Antwort lautet: Sehr viel! Dabei sollten wir allerdings vermeiden, in den Anschlägen von Rostock-Lichtenhagen, von Mölln, Kemnat und anderswo allein die Ursache für Besorgnisse im befreundeten Ausland über Deutschland zu sehen.

Meine These lautet: Gäbe es in Deutschland die ausländerfeindlichen Umtriebe nicht, so würde das Ausland einen anderen Anlaß finden, über Deutschland besorgt zu sein.

Solche Anlässe lassen sich genügend denken: Die Wirtschaftsprobleme beim Aufbau in Ostdeutschland und den damit verbundenen möglichen sozialen Verwerfungen. Beispielsweise. Oder der steigende Widerstand gegen den Vertrag von Maastricht. Oder zunehmende Tendenzen der deutschen Linken, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts von einer endgültigen Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen zu träumen und die Abschaffung der Nato, die Trennung von der atlantischen Bindung mit den USA zu fordern.

Die Hauptsorge des europäischen Auslandes ist nicht die Befürchtung, Ausländerhaß in Deutschland könne wieder einen Rückfall in nationalsozialistische Denkweisen bringen. Die Hauptsorge ist die, nach der Wiedervereinigung und der Wiedererlangung der vollen Souveränität könne Deutschland, die mächtige Großmacht in der Mitte Europas, wieder aus der Front der internationalen Bündnisse ausscheren und eine Sonderrolle spielen.

Diese Sorge, das muß sehr genau analysiert werden, geht nicht allein von rechtsradikalen Kräften in Deutschland aus. Sie fußt vielmehr ebenso auf Tendenzen in der deutschen Innenpolitik, sich der zunehmenden internationalen Verantwortung Deutschlands verweigern zu wollen. Die Demonstrationen gegen die Erfüllung der Nato-Bündnisverpflichtungen während des Golf-Krieges oder die anhaltende Debatte um Uno-Einsätze der Bundeswehr haben im verbündeten Ausland einen

mindestens ebenso tiefen, wenn nicht tieferen Eindruck hinterlassen, als die rechtsradikalen Umtriebe im vergangenen Herbst.

Mit der Wiedervereinigung und der Wiedergewinnung der vollen Souveränität nämlich hat sich in Europa potentiell das alte Konfliktpotential wiederhergestellt, das bereits die Bismarck'sche Außenpolitik prägte und das letztlich in den ersten Weltkrieg, wenn man so will, auch in den zweiten Weltkrieg führte. Deutschland ist wieder eine europäische Großmacht in der Mitte des Kontinents geworden, das Land mit den meisten Nachbarn in Europa und immer noch die drittgrößte Industriemacht der Welt. 1803, nach dem Reichsdeputationshauptschluß und der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sagte Fürst Metternich über das gerade selbständig gewordene Deutschland: "Ein Sklave, dem man die Ketten abnimmt, kann noch lange nicht laufen". Bismarck versuchte dieses Problem 1871 mit seinem berühmten Satz zu überspielen: "Setzen wir Deutschland einfach in den Sattel. Reiten wird es schon lernen".

Dies ist es, was die europäischen Nachbarn und die USA derzeit am meisten interessiert. Vor dem 3. Oktober 1990 konnten Deutschlands Nachbarn, insbesondere aber die Supermächte, das Gefühl haben, Kraft ihrer Viermächteverantwortung, Deutschland im Griff zu haben. Berühmt ist der Ausspruch eines früheren Nato-Generalsekretärs: "Die Nato hat einen doppelten Zweck: Sie soll die Sowjetunion von Europa fernhalten und die Deutschen in Europa niederhalten". Die Außenpolitik Konrad Adenauers hatte hieraus die entscheidenden Schlüsse gezogen. Die Westintegration im Rahmen von Nato und EG beendete auf geraume Zeit die Schaukelpolitik, welche Deutschland unter Bismarck mit den Rückversicherungsverträgen, aber auch noch in der Weimarer Zeit mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo vollführte, ich würde sagen: vollführen mußte, weil die Zeit noch nicht reif gewesen war für eine Einbindung des Machtfaktors Deutschland in größere internationale oder mindestens kontinentale Bündnisse.

Nun ist die Zeit der sozusagen erzwungenen Stabilität in Europa vorüber, und die ausländischen Nachbarn beobachten mit größter Aufmerksamkeit, wie sich Deutschland mit seiner neuen Rolle zurechtfindet. Bleiben wir treue Mitglieder der westlichen Staatengemeinschaft? Bleiben wir eingebunden in ein internationales System der Friedenssicherung, der gegenseitigen Zusammenarbeit? Und vor allem: Wird die deutsche Innenpolitik auch in Zukunft den Kurs der Kontinuität tragen, den Bundeskanzler Helmut Kohl, Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein Nachfolger Klaus Kinkel glaubwürdig vertreten?

Dies sind die Fragen, die uns gestellt werden. Und dies ist auch der Kontext, in dem wir die Sorgen der Nachbarn über rechtsradikale Umtriebe in Deutschland sehen müssen.

Wäre es anders, so müßten wir die Fragen an das Ausland zurückgeben. Nimmt man nämlich die Wahlergebnisse der Rechtsradikalen in Deutschland zur Hand, so sind wir nach wie vor ein Hort von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ich möchte daran erinnern: Die erste ausländerfeindliche Wählerinitiative entstand in den siebziger Jahren ausgerechnet in der Schweiz. Es gab eine Volksabstimmung und in deren Gefolge eine stringente Ausländerpolitik der Regierung in Bern, die wir Deutsche uns keineswegs erlauben könnten.

Denken Sie auch an die Erfolge Le Pens und seiner "Front Nationale" in Frankreich. Gäbe es in Frankreich das deutsche Verhältniswahlrecht, so säßen die Rechtsradikalen längst in größeren Scharen in der Nationalversammlung. Ähnliches gilt für Großbritannien. Selbst in Ländern, die unter der deutschen Besatzung im zweiten Weltkrieg besonders hart gelitten haben und deshalb besonders aufmerksam das Geschehen in Deutschland verfolgen, ist Rechtsradikalismus längst zum innenpolitischen Problem geworden: Ich nenne Dänemark, Holland, aber auch Belgien. In Belgien steht sogar die Existenz des gemeinsamen Staates von Flamen und Wallonen zur Debatte.

Gewiß: Eine Häufung von Anschlägen auf Ausländerheime, wie wir in Deutschland sie im Herbst vergangenen Jahres erlebt haben, ist in diesen Ländern bisher nicht zu registrieren gewesen. Aber es

bleibt die Einsicht, daß Nationalismus und Rechtsradikalismus ein gesamteuropäisches Problem geworden sind, bei dem sich Deutschland der Quantität nach von anderen keineswegs unterscheidet, wohl aber in der Qualität. Und diese Qualität hat mit der Sonderrolle Deutschlands im Kräftegleichgewicht Europas zu tun, die eine kluge Außenpolitik vermeiden muß.

Gewiß: Zur Sonderrolle Deutschlands gehört auch seine böse Geschichte. Nirgendwo in Europa haben Nationalismus und Rechtsradikalismus solche Sumpflüthen getrieben, wie in Hitler-Deutschland. Auch die Italiener hatten ihren Faschismus Mussolinis. Aber dieser Faschismus hat kein Auschwitz zuwege gebracht und kein Treblinka. Deshalb steht es uns gut an, auf diesem schwer belasteten Gebiet Ereignisse in Deutschland besonders aufmerksam zu beobachten und zu bekämpfen, die in Frankreich oder Dänemark durchaus zu den sozusagen normalen Schattenseiten des innenpolitischen Alltags gehören.

Dennoch sollten wir uns hüten, im Wüten der Rechtsradikalen einen Schritt zurück in das nationalsozialistische Denken zu vermuten. Die Gefahr will ich keineswegs verharmlosen. Höchste Wachsamkeit ist da angebracht. Aber ich will auch auf eine andere Gefahr hinweisen: Wer das Treiben der Skinheads oder Hooligans, das Wüten der "Deutschen Liga", der NPD oder der "Republikaner" allein unter dem Gesichtspunkt analysiert, ob da wieder Adolf Hitler im Anmarsch sei, der verkennt nicht nur die Ursachen, er verstellt auch den Blick für die Lösungsmöglichkeiten.

Übrigens gibt es Kenner Deutschlands im Ausland, die dies genauso sehen. Alfred Grosser etwa, der Deutsch-Franzose jüdischer Herkunft, hat inständig davor gewarnt, in der deutschen Gesellschaft wieder nazistische Tendenzen entdecken zu wollen. Simon Wiesenthal, der Nazi-Jäger aus Wien, sagte sogar wörtlich: "Diese randalierenden Jugendlichen sind keine Nazis". Auch Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, sieht dies so. Und wer die besorgten Reaktionen im Ausland zu den Umtrieben in Deutschland genau verfolgt hat, der kann eigentlich nur in Israel die Sorge vernehmen, Deutschland sei wieder auf dem Marsch zurück ins Jahr 1933.

Tatsächlich wiederholt sich die Geschichte nicht. Vergleiche mit Weimar sind nicht angebracht, und zwar aus mehreren Gründen:

- Anders als 1918 hat Deutschland inzwischen eine feste demokratische Tradition. Mehr als 70 Prozent der Deutschen haben das Hitler-Reich nicht mehr erlebt. Man mag dies als Mangel empfinden, es hat aber auch seine Stärken. Ein Rückfall in den Führerstaat ist mit der deutschen Gesellschaft nicht mehr zu machen. Dies widerspräche dem Lebensgefühl insbesondere der jungen Deutschen diametral, einem Lebensgefühl, das eher von einem übersteigerten Individualismus, manche sagen Egoismus, als von der Unterordnung in verlorengegläubte Strukturen geprägt ist.
- Anders als in Weimar steht im Deutschland von 1993 auch der Staatsapparat geschlossen zur demokratischen Verfassung. Beamte werden hierzulande viel gescholten. Aber eines kann man ihnen nicht nachsagen: Daß sie nicht im Innersten überzeugt wären von der Demokratie als der einzig humanen, wenn auch unvollkommenen Staatsform. Dies beweisen auch Meinungsumfragen. Die demokratische Überzeugung ist im deutschen Staatsapparat am höchsten ausgeprägt, höher als in der allgemeinen Gesellschaft. Undenkbar wäre heute wohl ein Urteil wie das des Landgerichts in Magdeburg, das 1925 den damaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert wegen Landesverrats verurteilte. Landesverrat deshalb, weil er dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt und damit nach Meinung der Deutschnationalen die Interessen seines Vaterlandes schmählich mißachtet habe.
Wenn es totalitäre Tendenzen gibt, so sind sie heute allenfalls in einem öko-sozialen Fundamentalismus zu erkennen, in der Behauptung nämlich, die Demokratie sei nicht mehr in

der Lage, mit ihren klassischen Instrumenten von Interessenausgleich die Probleme der Umweltverschmutzung zu lösen.

- Ohnehin muß vor einem Vergleich mit Weimar schon deshalb gewarnt werden, weil der Blick zurück schon damals in die Irre führte. Die Linke in der Weimarer Zeit hatte den großen Fehler begangen, die Alternative zwischen Demokratie und Monarchie aufzustellen. Sie hat sich im Kampf gegen die Wiedererrichtung der Monarchie verzehrt und dabei nicht erkannt, daß in Hitler etwas völlig neues, jedenfalls mit den Maßstäben der geschichtlichen Erfahrung nicht mehr Meßbares auftauchte. Deshalb sollten wir uns auch heute hüten, hinter jedem Rechtsradikalen gleich einen verkappten Auschwitz-Wärter zu erblicken.

Im europäischen Ausland - das, wie gesagt, seine eigenen Probleme mit dem Wiederaufkommen nationalistischen Denkens hat - ist man sich denn auch der Integrationsleistungen, die Deutschland in den vergangenen fünfzig Jahren erbracht hat, durchaus bewußt. Zu erinnern ist da an die Flüchtlinge nach dem zweiten Weltkrieg, an sechs Millionen Gastarbeiter, an die Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR kurz vor dem Fall der Mauer oder an die Hunderttausende, die aus den Krisenregionen des Balkans zu uns gekommen sind. Und wohl bewußt ist verantwortlichen Politikern in den europäischen Hauptstädten, daß es die Bundesregierung war, die ihre europäischen Nachbarn stets darauf drängte, ihrerseits ihren Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems auf dem Balkan, aber auch zu einer gerechten Verteilung der Asylbewerber auf dem Kontinent zu leisten.

Gewiß sollten wir die unmittelbaren Schäden für das Ansehen Deutschlands nicht unterbewerten. Die Zahl der ausländischen Gäste im Hotel- und Gaststättengewerbe ist seither zurückgegangen, nämlich um 2,2 Prozent auf 18,1 Millionen. Ernst zu nehmen sind auch Sorgen der deutschen Industrie, die fremdenfeindlichen Tendenzen könnten Deutschland in eine wirtschaftspolitische Isolierung treiben, weil deutsche Waren nicht nur nach ihrer Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch danach beurteilt würden, "wie wir mit Mitbürgern und Problemen im eigenen Land umgehen", wie der Vorsitzende des Landesverbandes der baden-württembergischen Industrie, Hirschmann, sagte.

Verzeihen Sie mir, wenn ich aber auch an dieser Stelle wieder relativiere, nicht um die Rechtsradikalen in Schutz zu nehmen, sondern um das eingangs erwähnte Gesamtproblem herauszustreichen. Wenn Berlin Schwierigkeiten hat, die Olympischen Spiele des Jahres 2000 zu bekommen, so liegt dies eben nicht allein an den rechtsradikalen Umtrieben der vergangenen Monate, sondern auch am Wüten der linksautonomen Szene in Berlin, die sich vorgenommen hat, diese Spiele zu verhindern.

Ich komme zum Schluß.

Welche Lehren sollten wir aus den Reaktionen des Auslandes ziehen?

1. Die ausländerfeindlichen Tendenzen sollten wir nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob Deutschland sich wieder auf dem Weg zurück in den Hitlerstaat befindet. Sie sind natürlich auch ein Problem der Politik. Aber sie lassen sich, wie die Erfahrungen der jüngsten Zeit beweisen, mit polizeilichen und Mitteln der Justiz vergleichsweise gut in den Griff bekommen. Urteile wie das Stuttgarter Urteil im Fall der Mörder von Kemnat haben vermutlich eine weitaus größere Abschreckung auf verirrte Skinheads als jede Lichterkette.
2. Lichterketten waren und sind wichtig. Sie schärfen in der Bevölkerung das Gefühl dafür, daß internationales Denken und solidarisches Handeln für ausländische Mitbürger für eine weltweit operierende Industrienation wie Deutschland überlebensnotwendig sind. Gleichwohl muß vor Übertreibung gewarnt werden. Die schändlichen Zwischenfälle bei der

Großdemonstration mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Berlin haben im Ausland vermutlich mehr Schaden angerichtet als Nutzen. Sie haben das Gefühl bei unseren Nachbarn verstärkt, als ob Deutschland seine neue Rolle nicht meistern werde, daß es vielmehr zu einem Hort der Unruhe und der Unzuverlässigkeit geworden sei.

3. So schlimm das klingt: Aber der Anschlag in Mölln hat in der Bevölkerung eine Wende eingeleitet. Die "klammheimliche Freude", die manchen in Rostock-Lichtenhagen noch erfüllte, verflog schlagartig, als die Täter gegen friedliche türkische Mitbürger vorgingen, die seit mehr als zwanzig Jahren brav und ehrlich ihrer Arbeit nachgingen. Leider bedurfte es erst dieses besonders grausamen Anschlags, ehe die Deutschen wieder zur Besinnung kamen. Ehe sie erkannten, daß es zu unterscheiden gilt: Zwischen der verständlichen Sorge über die scheinbare Unlösbarkeit des Asylbewerberproblems und der Einsicht, daß Deutschland ohne ausländische Mitbürger seinen Wohlstand nicht sichern kann und auch nicht ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie bleiben kann.
4. Die Politik ist aufgerufen, damit eng verflochtene Probleme zu lösen. Dazu gehört die Lösung des Asylproblems. Zwar wird der zwischen Koalition und SPD gefundene Asylkompromiß die Zahl der Asylbewerber in Deutschland nicht schlagartig vermindern können, was auch nicht sein erstes Ziel sein sollte. Aber er wird in der Bevölkerung das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der deutschen Politik wiederherstellen und damit auch wieder das Vertrauen in die Verfassung. Es ist ja nicht eine latente Ausländerfeindlichkeit, welche die Kritik am deutschen Asylrecht so hat anwachsen lassen. Besorgniserregend ist vielmehr das Gefühl in der Bevölkerung, Deutschland sei der Wanderungsbewegung aus dem Osten hilflos ausgeliefert. Ich wage die Behauptung: Die Deutschen würden sogar mehr ausländische Mitbürger akzeptieren, wenn sie die Gewißheit hätten, daß es sich dabei um eine geordnete Aufnahme und geordnete Integration handelt.
5. Unerlässlich ist es aber auch, daß Bundesregierung und Opposition endlich bereit sind, gemeinsam Deutschlands künftige Rolle in der Weltpolitik zu klären. "Germans to the front" kann dabei nicht das Leitmotiv sein. Aber die Bereitschaft, Verantwortung in der Uno zu übernehmen, muß endlich geklärt werden. Auch im Ausland versteht man wohl die deutsche Verfassung zu lesen und zu erkennen, daß es nicht verfassungsrechtliche Hindernisse sind, die einem höheren friedensschaffenden Engagement der Deutschen im Wege stehen, sondern verfassungspolitische Festlegungen. "Die Deutschen können, aber sie wollen nicht", lautet die überwiegende Einschätzung in den Hauptstädten Europas zu dieser Frage. Gewiß: Der deutsche Außenminister wird auch danach gefragt, ob die Bundesregierung die rechtsradikalen Umtriebe bald in den Griff bekomme. Aber viel häufiger wird er danach gefragt, wann die Deutschen endlich damit beginnen, ihre Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Uno ernst zu nehmen. Ein politisch eingebundenes Deutschland wird auch in der Zukunft weniger Anlaß zu Kritik an innenpolitischen Unruhen geben, als eine europäische Großmacht, die anhaltend Zweifel an ihrem künftigen Standort in der Weltgemeinschaft liefert.

Ich möchte schließen mit einem Zitat, das vom Chef des deutschen Vorkommandos in Somalia, General Bernhard, stammt. Er berichtete beim Einteffen in der Krisenregion von seinem kanadischen Kollegen, der ihn freundlich mit den Worten begrüßte: "Schön, daß Ihr wieder mit dabei seid".

Frieder Birzele, Innenminister des Landes Baden-Württemberg

Schlußwort

Abschließend möchte ich nochmals die Zielsetzung der Runden Tische zusammenfassen und einige bei ihrer Einrichtung aufgetretene Fragen ansprechen.

Zum ersten haben die Runden Tische auf die erheblichen Probleme bei den kommunalen Unterkünften generell und im Einzelnen aufmerksam gemacht. Als Folge hat dann der Landtag zur Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen der kommunalen Unterkünfte sehr kurzfristig 10 Millionen Mark bereitgestellt. Soweit es sich um Landesunterkünfte handelt, ist das Land selbst verpflichtet, solche notwendigen Sicherungsmaßnahmen zu finanzieren.

Gleichzeitig hat dieser Informationsaustausch im Hinblick auf die Sicherheitslage uns erheblich umfassender in die Lage versetzt, durch zusätzliche Informationen aus den verschiedensten Quellen vor Ort die Situation besser einzuschätzen. Auch konnten über die eigentlich Verantwortlichen hinaus zusätzliche Leute aktiviert werden, die z.B. helfen, rechtzeitige Alarmierungen vorzunehmen. Erst dieses gemeinsame Engagement auf breiterer Basis kann den notwendigen Schutz der Unterkünfte gewährleisten.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt war, daß der Dialog zwischen der Polizei und den Gruppierungen, die sich um Ausländer/Asylbewerber kümmern, zustandekam, insbesondere zum Abbau der Vorurteile dieser Gruppierungen gegenüber der Polizei. Aber auch in umgekehrter Richtung war es wichtig, daß die Polizei den Dialog aufnimmt zum Abbau eigener Vorurteile. Niemand ist befreit von Vorurteilen.

Keinesfalls, und das will ich in aller Deutlichkeit sagen, war und ist die Diskussion allgemeiner politischer Problemstellungen beabsichtigt gewesen. Selbstverständlich kann dies nicht ausgeschlossen werden, aber das können solche Runden Tische nicht leisten und das sollte den Gesprächspartnern deutlich gemacht werden.

Auch im Hinblick auf die **Organisationsform** hat es bereits im Vorfeld überraschenderweise Probleme gegeben. Diese haben bei mir den Eindruck hinterlassen, daß vollkommen unabhängig von der Sache einer dieser berühmten Kompetenzkonflikte ausgetragen wurde, aber nicht in dem Sinne, daß sich jeder - wie ich es erwartet hätte - darum bemüht hätte; vielmehr wollte es bedauerlicherweise anfangs keiner machen. Dabei ist es in meinen Augen völlig gleichgültig, ob ein Forum wie die Runden Tische zunächst einmal in erster Linie kommunal organisiert wird oder von der Polizei. Ich kann Oberbürgermeistern, Landräten und Bürgermeistern die Einrichtung von Runden Tischen jedoch nur empfehlen. Meine Empfehlungen haben allerdings zu meinem großen Bedauern nur eine begrenzte Wirkung gezeigt. Ich habe dies auch gegenüber dem damaligen Präsidenten des Landkreistages, Herrn Schill, zum Ausdruck gebracht; trotzdem hat der Landkreistag leider genau eine gegenteilige Empfehlung abgegeben. Dies war sicher nicht hilfreich. Wenn ich das richtig betrachtet habe, ging es hier in erster Linie um Prestigeprobleme. Wenn die Landräte gesagt hätten, jawohl, das nehmen wir in die Hand und wir laden die Polizei dazu ein, dann hätte doch niemand etwas dagegen gehabt.

Notwendig ist vielmehr, daß wir ins Gespräch kommen und zwar nicht nur ins Gespräch mit denen, mit denen wir normalerweise immer sprechen, mit den Behördenleitern etc.; da gibt es genügend Gesprächskreise. Notwendig ist, daß man mit denen ins Gespräch kommt, mit denen man eben bisher nicht ins Gespräch gekommen ist. Und deshalb ist es auch völlig gleichgültig und je nach der örtlichen Situation zu entscheiden, ob ein Runder Tisch auf Kreisebene oder mehrere in den Gemeinden eingerichtet werden; **entscheidend** ist, daß das Gespräch gesucht und gefunden wird.

Und nun will ich noch etwas zu der These sagen, die heute teilweise angesprochen wurde, und die auch in zahlreichen Briefen enthalten ist, die ich erhalte. Sie wirft bei mir die Frage auf, ob ich mich so mißverständlich ausgedrückt habe, daß mir genau das Gegenteil von dem unterstellt wird, was ich gesagt habe.

Es handelt sich um die These: Wir haben ja nichts gegen Ausländer, nur etwas gegen Asylbewerber. Dieser Differenzierungsversuch ist sowohl allgemein wie unter polizeilichen Gesichtspunkten völlig falsch. Ich verweise auf den Mord in Kemnat. Der Getötete hatte 20 Jahre hier gearbeitet. Oder die feige Tat von Mölln: Opfer waren 3 Türkinnen, die überhaupt nichts mit Asyl zu tun hatten. Und ich denke dabei noch einmal an Hoyerswerda: Da wurde der erste Angriff gegen Vertragsarbeitnehmer der DDR, die sich bereits 5 oder mehr Jahre in der DDR befunden haben, verübt. Und in Hoyerswerda befanden sich zum damaligen Zeitpunkt nur 1 % Ausländer.

Gerade, wenn eine solche These geprägt wird, muß man sich wirklich fragen, was sich die Leute dabei denken. Da wird offensichtlich davon ausgegangen, daß es unterschiedliche Schutzstufen gibt. Deshalb muß in aller Deutlichkeit gesagt werden: Im Grundgesetz steht "die Würde des Menschen ist unantastbar". Und das Grundgesetz unterscheidet dabei nicht zwischen Deutschen, Ausländern, die hier wohnen, Asylbewerbern und sonst jemandem, sondern diese Würde ist allen Menschen eigen, ist vor der staatlichen Gewalt insgesamt zu schützen. Die Würde des Menschen ist deshalb auch unteilbar.

Zum zweiten muß man sich darüber im klaren sein, daß solche Thesen auch unter rein polizeilichen Gesichtspunkten enorm gefährlich sind, gerade weil sie nahelegen, daß es Menschen unterschiedlicher Schutzkategorien gäbe, daß man sich ruhig einmal gegen die anderen etwas erlauben könne und daß dann der Staat schon zurückhaltender reagieren würde.

Solche falschen Zeichen sind sicherlich gesetzt worden durch die unzureichenden Polizeieinsätze in den neuen Bundesländern und die verheerenden Urteile, die zu Anfang gesprochen wurden, nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch teilweise in Baden-Württemberg, was ich auch öffentlich kritisiert habe und wofür ich auch seitens der Justiz Kritik erfahren habe. Wenn ein Täter im Bereich Heilbronn drei Molotowcocktails wirft, zwei gegen Unterkünfte, einen gegen ein Wohnhaus, hinterher 18 Monate Freiheitsstrafe erhält und diese ausgesetzt wird auf Bewährung, dann ist das ein völlig falsches Signal, das in die rechte Szene gesandt wird. Ich stimme da der Argumentation zu, daß eine entschiedene Sanktion gerade in der rechtsextremistischen Szene deutlich erkannt wird und die entsprechenden Folgen hat.

Ich will nochmals auf die ökonomischen Auswirkungen hinweisen. Diese sind bei den Ausführungen von Herrn Professor Dr. Niefer sehr deutlich geworden. Sicher ist es auch so, daß die Übergriffe gegen Ausländer von ausländischen Konkurrenten wohl mißbraucht werden. Es hilft uns nichts, zu sagen, das ist ein unfaires Verhalten. Es ist ein alltägliches Verhalten in der Marktwirtschaft, daß alle Faktoren ausgenutzt werden im Konkurrenzkampf und da helfen keine Appelle für ein anderes Verhalten, sondern da hilft nur, daß wir uns in der BRD konsequent verhalten. Es kann weder generell noch unter polizeilichen Gesichtspunkten eine Differenzierung zwischen den Gruppen geben. Ich will ausdrücklich hinzufügen, daß im Ausland nicht unterschieden wird zwischen Übergriffen gegenüber Ausländern, die hier bei uns wohnen oder die zu Geschäftsbesuch hierher kommen und Übergriffen auf Asylbewerber. Sondern das wird unterschiedslos als Angriff gegen Ausländer und damit potentiell auch gegen eigene Leute verstanden.